

Wöchentlich 80 Pf., monatlich 2,50 Mk. im voraus zahlbar. Postbezugs 4,25 Mk. einschließlich Postgebühren. Kostenbehaltenment 4.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Kulturkreis“, „Welt und Zeit“ und „Arbeiterfreund“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Schau“, „Bild in die Bucherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kompensationsliste 80 Pfennig, Restanteile 2.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das letzte Wort 25 Pfennig (zweiwöchentlich zwei getriggerte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Ehrenamtliche Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro: Straße 2, wochentags, von 8 bis 17 Uhr

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37186. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 2

Noch keine Verhandlungen.

Die Auffassung in Paris.

Paris, 14. September. (Eigenbericht.)

Das innerpolitische Interesse an der Ernennung der beiden neuen Minister hat die Debatte über die Rheinlandverhandlungen in Genf vollkommen in den Hintergrund treten lassen. Ueber die Erklärungen Briands, der schließlich zum Zwecke der Berichterstattung von Genf nach Paris reiste, wird nur mitgeteilt, daß er sehr ausführlich war und einstimmige Annahme fand.

Das Havas-Bureau und der „Temps“ erklären übereinstimmend, daß die Genfer Besprechungen immer noch nicht die Bezeichnung „Verhandlungen“ verdienen. Was bis jetzt in Genf geschehen sei, wäre nichts anderes als ein genaueres Erkunden des Verhandlungsbodens. Man unterhalte sich darüber, was möglich und was nicht möglich sei, man unterrichte sich über die Absichten der verschiedenen Partner, man entwickle auch einige Leitgedanken, die etwa dazu führen könnten, den Rahmen für die späteren Verhandlungen abzufestigen. Aber es sei noch keineswegs eine feste Grundlage vorhanden, auf der man aufbauen könne, zumal der Reichkanzler sich noch nicht zur Formulierung fester Vorschläge habe entschließen können. Immerhin sei die Atmosphäre sehr günstig, und das sei schließlich das einzige Moment, das zu einem gewissen Optimismus berechtige. Wenn man auch schon sagen könne, daß eine Einigung nicht mehr unmöglich erscheine, so werde es doch sicherlich noch lange dauern, bis sie wirklich erreicht sei.

Poincaré-Kabinett bleibt wie es ist.

Keine Umbildung nach links. — Keine Luftfahrtminister. Chéron Handelsminister.

Paris, 14. September. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat, der am Freitag die Nachfolgerschaft Sokolowitsch zu regeln hatte, hat es nur zu einem sehr bescheidenen Kompromiß gebracht. Die Anregung der zur Linken stehenden Minister, die Reuebeziehung des Handels- und des Luftfahrtministeriums auszunutzen, um das Kabinett entsprechend der republikanischen Mehrheit in der Kammer umzubauen, ist abgelehnt worden. Auch der zweite Gedanke, das Luftfahrtministerium mit wirklich umfassenden Vollmachten auszustatten und ihm einen Chef von Rang zu geben, ist kläglich ins Wasser gefallen. Laurent-Eynac, der zehnjährige Inhaber des Postens, wird unter diesen Umständen alle Mühe haben, das französische Verkehrsflugwesen wieder auf die Höhe zu bringen. Das Handelsministerium wird in den Händen des Senators Chéron, des bisherigen Generalberichterstatters für das Budget, in ortsständigen Händen sein, ohne dabei die Gefahr fühner liberaler Neuerungen zu laufen.

Müller bei Albert Thomas.

Reichskanzler Müller stattete gestern vormittag dem polnischen Außenminister Jaleski einen Gegenbesuch ab und folgte sodann einer Einladung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, bei dem er Gelegenheit zu einer Begegnung mit Bernhard Shaw und zu einer längeren Unterhaltung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš hatte. Nachmittags empfing der Reichskanzler den lettlandischen Außenminister Balodis, den rumänischen Gesandten in Berlin Comnen und das Mitglied der norwegischen Delegation Frithjof Ransen. Abends

nahm der Reichkanzler auf Einladung des Präsidenten der Völkerbundversammlung, des dänischen Gesandten in Berlin, Jable, an dem alljährlich vom Präsidenten zu Ehren der Delegationsführer gegebenen Essen teil.

Genfer Kommissionenkämpfe.

Genf, 14. September. (Eigenbericht.)

Die Debatte über die Personalpolitik des Völkerbundes fand am Freitag einen matten Ausklang mit der Erklärung Japans, daß eine alle Teile befriedigende Lösung der Personalfrage nicht möglich sei und der Annahme einer holländischen Resolution, die an die unparteiliche Besetzung der Beamtenposten, wie sie von der Völkerbundversammlung im Jahre 1920 verlangt wurde, erinnert. — In der Budgetdebatte beschwerte sich Ungarn darüber, daß die Rinderheitenabteilung um einen Beamten vermindert worden sei, trotzdem die letzte Vollversammlung erst wieder die Wichtigkeit der Rinderheitensache anerkannt habe. Gegen Schluß der Sitzung kam zum Budget des Internationalen Arbeitsamtes. Hierzu liegt ein einziger Antrag auf Herabsetzung des Budgets durch Streichung einer der Konferenzen des Jahres 1929 vor. Der Antrag wird am Sonnabend erörtert.

Die Abrüstungskommission behandelte das Memorandum der Sicherheitskommission über die Artikel 10, 11 und 16, wobei es zu einem bezeichnenden Streit zwischen Deutschland und Polen sowie Griechenland über die Einleitungsresolution der Sicherheitskommission kam. In dieser Einleitungsresolution wird gesagt, daß ein gewisses Maß von Sicherheit schon infolge des Völkerbundsabkommens vorhanden sei. Polen bestritt überhaupt das Vorhandensein dieser Resolution. Der Grieche Politis hielt es nicht für nötig, sie in den Schlussbericht mit hineinzunehmen. Beneš machte den Vermittlungsvorschlag, sich die Sache bis Montag noch einmal zu überlegen.

Der Rest der Sitzung wurde mit einer lebhaften Debatte über den sinnlichen Vorschlag finanzieller Unterstützung an Kriegsbedrohte oder angegriffene Staaten ausgefüllt. Drei wichtige Punkte sind zu erklären: 1. ob eine unabhängige Konvention geschlossen werden soll oder die Frage erst bei der Abrüstungskommission behandelt werden soll; 2. ob die finanzielle Unterstützung schon bei Bedrohung eines Staates oder nur bei einem Angriff gegeben werden soll; 3. ob der Rat selbst über die Unterstützung beschließt oder ob die Unterzeichner des Abkommens zur Entscheidung herangezogen werden müssen. Der von dem Belgier erstattete Bericht verlangt eine unabhängige Konvention, Unterstützung bei Bedrohung, Billigung durch einstimmigen Ratsbeschluss. Der norwegische Vertreter Lange wies darauf hin, daß es sich vorläufig nur um Studien handele, daß andererseits sein Land dem Gedanken sympathisch gegenüberstehe, da er eine Fortentwicklung nichtmilitärischer Sanktionen bedeute, der einzigen, an der ein kleines Land teilnehmen könne. Er nahm aber absolut Abstand von dem Vorschlag, auch bei Kriegsbedrohung schon finanzielle Unterstützungen auszugeben. Indien und England waren sehr zurückhaltend und wiesen darauf hin, daß der Plan bisher noch nicht den Regierungen vorgelegt worden sei. Japan sprach sich ebenfalls gegen die Unterstützung bei Kriegsbedrohung aus, während Polen ein eventuelles Abkommen so bald wie möglich haben wollte. Die Debatte über diesen Punkt konnte noch nicht abgeschlossen werden.

Wehrkampf in Belgien.

Die Sozialisten verlassen den Sitzungssaal.

Brüssel, 14. September. (Eigenbericht.)

Der Wehrentwurf, der so lange und bittere Kämpfe verursacht hat, wurde am Freitag von der Kammermehrheit endgültig verabschiedet. Vor der Abstimmung verlas der frühere Minister Bauwens namens der sozialistischen Fraktion eine Erklärung. Darin wird gegen die Versuche, die die Regierung und ihre Mehrheit gemacht haben, um den schlecht vorbereiteten und überreichten Entwurf unter Ablehnung jeder ernstlichen Debatte durchzusetzen und jede Möglichkeit einer Wandlung zu unterbinden, protestiert. Der Wehrentwurf entspricht nicht den Wünschen der Nation. Er bringe eine schwerwiegende Vermehrung der Finanzlasten mit sich durch vermehrte Rüstungen und Festungsbauten und verhindere dadurch bringende Sozialreformen. Er stehe im Widerspruch zur Forderung politisch, die die schrittweise allgemeine Waffentilgung erfordere. Er bedeute einen Rückschritt zum Berufsheer, statt einen Fortschritt zum Volksheer. Er bringe außerdem keine wirkliche Sicherheit und sei von einem Geiste der Ungleichheit getragen, indem er mehrere Kategorien von Wehrpflichtigen mit verschiedener Dienstzeit von 14, 13, 12 und 8 Monaten schaffe. Er bedeute auch einen Schritt zurück zum Söldnerheer, während man früher selbst das Volksheer mit sechsmonatiger Dienstzeit versprochen habe. Auch der Entwurf über die Regiments-

strafen sei unannehmbar. Er entspreche weder den Wünschen der flämischen noch der wallonischen Bevölkerung.

Die sozialdemokratische Fraktion verließ bei der Schlußabstimmung zum Protest geschlossen den Sitzungssaal.

Wahlkampf in Dänemark.

Sturz der Regierung möglich.

Kopenhagen, 14. September.

Am heutigen Freitag werden in drei Wahlkreisen Dänemarks die Wahlmännerwahlen für das Landsting vollzogen. Die vom Landsting selbst zu bestimmenden 19 Mandate sind bereits vor einiger Zeit zur Verteilung gelangt, wobei die liberale Regierungsfraktion einen Sitz an die Sozialdemokraten verlor. Am 21. September treten die Wahlmänner zusammen, um die alle vier Jahre fällige Ergänzungswahl vorzunehmen, d. h. 28 Abgeordnete zu wählen. Bisher waren die Landstingmandate folgendermaßen verteilt: 31 Liberale, 12 Konservative, 25 Sozialdemokraten und 8 Demokraten. In politischen Kreisen rechnet man stark mit der Möglichkeit, daß die bisherige liberal-konservative Majorität durch eine sozialdemokratisch-demokratische ersetzt werden wird. Ein derartiges Wahlergebnis würde aller Wahrscheinlichkeit nach den Rücktritt des Kabinetts Madsen-Nygaard zur Folge haben. Die Wahlbeteiligung soll außergewöhnlich lebhaft sein und bis zu 80 Proz. erreichen.

Wie steht es in Genf?

Was ist die „Feststellungs- und Verständigungskommission“?

Nachdem Briand in Paris von seinem Kabinett die einstimmige Zustimmung zu seinen Verhandlungsrichtlinien erhalten hat, wird sich heute das Reichskabinett unter Vorsitz seines dienstältesten Mitgliedes, des Reichswehrministers Gröner, über die gleiche Materie vom deutschen Standpunkt aus schlüssig machen. Von seiner Haltung wird der Verlauf der Besprechung am Sonntag in Genf wesentlich abhängen.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Frage der einzusehenden Finanzkommission besondere Schwierigkeiten machen wird. Die endgültige Festsetzung der Endsumme der Reparationen kann nur erwünscht sein; ist sie erfolgt, so kann über eine Teilmobilisierung geredet werden. Die Finanzverhandlungen werden nicht unter dem Druck der Gegenseite stehen, denn die Fortdauer der Besetzung bis zum vertragsmäßigen Schlußtermin ist nicht so unerträglich, daß Deutschland sich dazu verleiten lassen könnte, für die frühere Räumung irgendwelche neuen finanziellen Belastungen auf sich zu nehmen.

Auch die Angelegenheit der sog. „Feststellungs- und Verständigungskommission“ würde einfacher liegen, wenn sie nicht so unvermutet in die Debatte geworfen wäre und wenn die Öffentlichkeit ein klareres Bild von ihr hätte.

Nach Mitteilungen, die aus französischer Quelle stammen, aber auf deutscher Seite nicht bestritten werden, handelt es sich nicht um eine ständige Militärkontrollkommission, also nicht um die Einführung der berühmten *éléments stables*, sondern um etwas ganz anderes, nämlich um eine Einrichtung zwecks Ausführung des Artikels 4 des Vertrages von Locarno. Dieser Artikel besagt:

1. Ist einer der hohen Vertragsschließenden Teile der Ansicht, daß eine Verletzung des Artikels 2 dieses Vertrages oder ein Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles begangen worden ist oder begangen wird, so wird er die Frage sofort vor den Völkerbundrat bringen.

2. Sobald der Völkerbundrat festgestellt hat, daß eine solche Verletzung oder ein solcher Verstoß begangen worden ist, zeigt er dies unverzüglich den Signatarmächten dieses Vertrages an, und jede von ihnen verpflichtet sich, in solchem Falle der Macht, gegen die sich die beanstandete Handlung richtet, sofort ihren Beistand zu gewähren.

3. Im Falle einer flagranten Verletzung des Artikels 2 dieses Vertrages oder eines flagranten Verstoßes gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles durch einen der hohen Vertragsschließenden Teile verpflichtet sich schon jetzt jede der anderen vertragsschließenden Mächte, sobald ihr erkennbar geworden ist, daß diese Verletzung oder dieser Verstoß eine nicht provozierte Angriffshandlung darstellt, und daß im Hinblick, sei es auf die Ueberschreitung der Grenze, sei es auf die Eröffnung der Feindseligkeiten oder die Zusammenziehung von Streitkräften in der entmilitarisierten Zone, ein sofortiges Handeln geboten ist, demjenigen Teile, gegen den eine solche Verletzung oder ein solcher Verstoß gerichtet worden ist, sofort ihren Beistand zu gewähren. Dessenungeachtet wird der gemäß Absatz 1 dieses Artikels mit der Frage befahte Völkerbundrat das Ergebnis seiner Feststellungen bekanntgeben. Die hohen Vertragsschließenden Teile verpflichten sich, in solchem Falle nach Maßgabe der Empfehlungen des Rates zu handeln, die alle Stimmen mit Ausnahme derjenigen der Vertreter der in die Feindseligkeiten verstrickten Teile auf sich vereint haben.

Der Artikel 2 des Locarno-Vertrages formuliert die Verpflichtung der Beteiligten, nicht zum Kriege gegeneinander zu schreiten. Die Artikel 42 und 43 des Vertrages von Versailles unterlagen Deutschland das Anlegen von Befestigungen und das Halten von Streitkräften in der 50-Kilometer-Zone, die, nebenbei gesagt, weiter reicht, als das besetzte Gebiet.

Die neue Kommission soll das Verfahren vereinfachen helfen. Es soll nicht mehr die Anrufung des Völkerbundrats notwendig sein, der dann seinerseits eine Kommission einsetzt, sondern es soll von vornherein eine Kommission da sein, die auf Anruf eines der Beteiligten, also von Fall zu Fall, zusammentritt, um erhobene Beschwerden zu prüfen.

Diese Kommission soll, wie es heißt, „bilateral“ sein, d. h. auch Deutschland soll sie anrufen können. Auf den deutschen Einwand, daß die Kommission auf französisch-belgischer Seite nichts nachzuprüfen habe, da ja dort jede Aufrüstung erlaubt sei, wird geantwortet, daß erstens immerhin Vorgänge jenseits der Grenze möglich seien, die Deutschland beunruhigten und über die es Aufklärung verlangen könnte, und daß zweitens für die Zukunft auch eine Aufrüstung der anderen Seite vorgesehen sei.

Aus dieser ganzen Konstruktion ergibt sich, daß die Gegenseite nicht an eine Kommission denkt, die gewissermaßen den Stab der Besatzungstruppen ersetzt und dann logischerweise mit Ablauf der Besatzungsfrist, 1935, verschwinden müßte, sondern an eine Kommission, die so lange besteht, wie der Vertrag von Locarno in Kraft bleibt.

Offen ist die Frage, wann die geplante Kommission ein-

gefehrt werden soll, ob sofort oder nach erfolgter Gesamträumung.

Damit kommt man zu der weiteren Frage, wann die Gesamträumung erfolgen soll. Die zweite Zone würde wohl sehr bald geräumt werden, die dritte aber erst dann, wenn die finanzielle Einigung erzielt ist. Geschieht das bald, so wird auch rasch alles geräumt, ziehen sich aber die Verhandlungen lange hin, dann rückt der zu vereinbarenden früheren Räumungstermin immer näher an den vertragsmäßigen heran.

Die Frage des „Wann“ bleibt also zunächst unbeantwortet, und doch ist sie von höchster Wichtigkeit. Ist auch die Fortdauer der Besatzung zur Not zu ertragen, so wäre doch die baldige Räumung eine große Leistung im Interesse des Friedens. Die deutsche Regierung, unter deren Amtsführung der letzte fremde Soldat den deutschen Boden verläßt, wird ihren besonderen Platz in der Geschichte einnehmen. Ob die gegenwärtige Regierung diesen Erfolg erreichen wird, hängt nicht nur von ihrem eigenen Geschick, sondern auch von der Gegenseite ab.

Die „nationale Opposition“.

Sie kennt keine Rücksicht mehr.

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit: „Während der heutigen Sitzung der Parteileitung der DNVP. traf die Antwort des Reichsanwalters Müller auf das gestrige Ersuchen des Grafen Westarp, um eine vorübergehende Rückkehr des Reichsanwalters nach Berlin ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Herr Reichsanwalt hat von dem am Herrn Ministerialdirektor Dr. Köpfe gerichteten Brief des Herrn Grafen Westarp Kenntnis genommen. Er bittet Herrn Grafen Westarp mitzuteilen, daß bereits vor Eingang des Briefes eine weitere Besprechung für kommenden Sonntag vormittag mit den in Betracht kommenden Mächten fest vereinbart worden sei und die Verabredung im deutschen Interesse nicht rückgängig gemacht werden könne. Im übrigen werde die Delegation dauernd nur im Rahmen ihrer Befugnisse handeln und nach Rückkehr selbstverständlich auch dem auswärtigen Ausschuss des Reichstages zur eingehenden Aussprache zur Verfügung stehen. Der Herr Reichsanwalt persönlich beabsichtige nach den bisherigen Dispositionen bereits kommenden Dienstag vormittag nach Berlin zurückzukehren.“

In der Parteileitung kam das einmütige Erstaunen über diese ablehnende Haltung des Reichsanwalters zum Ausdruck, die als hinreichend begründet nicht anerkannt werden kann. Die Termine der Genfer Aussprachen mit den Locarno-Mächten sind bisher allein nach den Wünschen unserer Gegner festgesetzt und verlegt worden. Die Minister der anderen Mächte haben stets hinreichend Zeit gefunden, sich mit ihren heimischen Stellen in Verbindung zu setzen. Derselbe Rücksicht konnte dem deutschen Reichsanwalt als dem Vertreter des meist betroffenen Staates offenbar nicht vorzuziehen werden, wenn er nur selbst den Wunsch hätte, vor ersten Entscheidungen die Auffassung der Heimat kennen zu lernen.

Die nationale Opposition hat bisher im Interesse der Stärke der deutschen Stellung bei den jetzigen Verhandlungen weitgehende Zurückhaltung in ihrer materiellen Kritik der außenpolitischen Probleme geübt. Zu einer solchen Zurückhaltung liegt ein Grund jetzt nicht mehr vor.“

Die „nationale Opposition“ rührt sich etwas spät — es hätte ihr von Anfang an freigestanden, auf die Genfer Politik Einfluss zu nehmen. Ist sie doch — worauf schon vor Tagen hingewiesen wurde — eingeladen worden, den Abgeordneten von Lindeiner-Wildau als Mitglied der deutschen Vertretung nach Genf zu delegieren. Sie hat das abgelehnt — und es sich damit selbst zuguschrieben, wenn sie keinen direkten Einfluss auf die Verhandlungen in Genf besitzt. Es ist etwas zu viel verlangt, wenn wegen dieser ihrer Torheit der Reichsanwalt nach Berlin kommen und ihr Rede und Antwort stehen soll und damit die Verhandlungen der europäischen Mächte aufgehalten werden sollen.

Beginn der Landtagsarbeit.

Zusammentritt der Ausschüsse.

Im Preussischen Landtag, der am 2. Oktober zur ersten Plenarsitzung nach den Sommerferien zusammenzutreten wird, werden die Ausschüsse bereits schon einige Zeit früher aufgenommen werden. Der Ständige Ausschuss wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des September zusammentreten, um sich mit der Verlängerung des Grundvermögenssteuergesetzes zu befassen, das Ende September abläuft. Eine inhaltliche Änderung wird dies Verlängerungsgesetz nicht bringen. Am 23. September soll der Rechtsausschuss zusammentreten, um die Vorlage über die Aufhebung des hannoverschen Polizeikräftegesetzes und eine Reihe von Eingaben zu behandeln. Der Hauptausschuss des Landtages wird am 27. September seine erste Sitzung abhalten. Gegenstand der Beratung sollen bilden der Gesetzentwurf über die Berechtigung weiterer Staatsmittel zur Wiederinstandsetzung und Verbesserung städtischer Hafenanlagen (Ausbau von Fischereihäfen an der Ostsee und Verbesserung von Verkehrsanlagen), sowie Entgegennahme der Berichte über die staatlichen Bergwerksgesellschaften und über die Preussische Elektrizitäts-Unternehmensgesellschaft. Im Anschluß daran sollen auch der kommunale Antrag über das Verhalten der Polizei bei den Vorfällen in Berlin-Charlottenburg am Pfingstsonnabend und der Antrag Kube (Nat.-Soz.) auf Aufhebung des Redeverbotes gegen Hitler beraten werden.

Berfugung von Kriegsbeschädigten.

Achtung, Fristenablauf!

Die Kriegsbeschädigten, die bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Proz. feinerzeit unter Gewährung einer einmaligen Abfindung aus der Rentenversorgung ausgeschieden sind, können auf Antrag wieder Versorgung erhalten, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit mindestens 33 Proz. beträgt. Anträge, die bis zum 30. September 1928 beim zuständigen Versorgungsamt eingehen, wird rückwirkend ab 1. Oktober 1927 einprägen. Empfänger der sogenannten Verheirathetenrente haben die Möglichkeit, mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 die teilweise erhöhte Höhe der Verheirathetenrente zu erhalten, wenn der Antrag bis zum 30. September 1928 bei dem zuständigen Versorgungsamt eingeht. Ursprünglich war die Frist zur Einreichung solcher Anträge der 31. März 1928. Der Reichsarbeitsminister hat die Frist bis zum 30. September 1928 verlängert.

Chile ist dem Ständigen Internationalen Gerichtshof beigegeben.

Parteitag in Wien.

Begrüßungsansprachen der Genossen Seih und Crispian.

R. Bn. Wien, 14. September. (Eigenbericht.)

Im großen Saal des Arbeiterheims Favoriten, wo voriges Jahr am 17. Juli die Vertrauensmänner des Wiener Proletariats über die furchtbaren Ereignisse berieten, die zwei Tage zuvor Wien in Schrecken, Trauer und Empörung versetzt hatten, ist heute abend der Sozialdemokratische Parteitag zusammengetreten. Der große Saal, der festlichen Schmuck aufweist, ist bis auf den letzten Platz gefüllt von den weiblichen und männlichen Delegierten der am stärksten organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aller Länder.

Parteisekretär Starek eröffnet den Kongress. Es wird nach wenigen Begrüßungsworten das Präsidium gewählt. Erster Vorsitzender ist Bürgermeister Karl Seih. Er begründet in längerer Rede die vorzeitige Einberufung des Parteitages mit der parlamentarischen Lage. Die Verfassung bestimmt nämlich, daß gewisse Rahmengesetze für wichtige Fragen, die der Nationalrat zu beschließen hat, bis zum 30. September erledigt sein müssen. Diese Gesetze sind aber bis jetzt noch nicht erledigt und zum Teil auch noch gar nicht in Angriff genommen. Dagegen rüstet die Regierung, zwei außerordentlich wichtige Angelegenheiten, nämlich den Mieterschutz und die Abgabenteilung zwischen den Gemeinden, den Ländern und dem Bunde in großzügiger Weise neu zu regeln, obwohl diese beiden Fragen im Wahlkampf von 1924 gar keine Rolle gespielt haben, da nach ihrer eigenen, vielfach wiederholten Erklärung auch die Christlichsozialen damals gegen jede Veränderung des Mieterschutzes und der Abgabenteilung gewesen seien. Bürgermeister Seih fordert unter lebhaftem Beifall, daß das Parlament zunächst diese solange aufgehobenen Rahmengesetze erledige, unter denen die wichtigsten sozialdemokratischen Notwendigkeiten sind, und erst dann, wenn dafür noch Zeit bleibt, die großen Streitfragen des Mieterschutzes und der Abgabenteilung in Angriff nehme.

Der Vorsitzende gedankt im Anschluß an diese Programmrede der Toten der Partei. Nachdem er aus der Zahl der verstorbenen deutschösterreichischen Parteigenossen einige genannt hat, würdigt er besonders herzlich die Gedächtnisrede unfernen verstorbenen Hermann Roffensührer, den er als ein Vorbild der sozialdemokratischen Arbeiter aller Länder bezeichnet und dem er nachrühmt, daß seine sozialpolitische Arbeit nicht nur die reichsdeutsche, sondern die Befreiung aller anderen Länder befruchtete und beeinflusst habe. Seih begrüßt sodann die erschienenen Vertreter der Bruderparteien aus dem Deutschen Reich, aus der Tschechoslowakei (Deutsche und Tschechen), Südslawien, Bulgarien, Ungarn. Außerdem sind zahlreiche Begrüßungsschreiben von den ausländischen

Bruderparteien und auch ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes vom internationalen Sekretär Friedrich Adler eingegangen.

Für den Bezirk Favoriten begrüßt B. B. J. den Kongress. Er hebt hervor, daß in diesem einen Wiener Proletariatbezirk 40 000 Männer und Frauen der sozialdemokratischen und der freigewerkschaftlichen Organisation angehören, daß von 90 000 Wählern 70 000 sozialdemokratisch gestimmt haben, und von 10 Favoritenern 8 Sozialdemokraten sind. (Stürmischer Beifall.)

Sodann ergreift das Wort — von dem Parteitag lebhaft begrüßt — Genosse Crispian. Er bittet zunächst, ihn nicht als ausländischen Vertreter anzusehen, denn die Gemeinschaft der reichsdeutschen und der deutschösterreichischen Arbeiterbewegung sei eine feststehende Tatsache und sei die Vorstufe zu der unaufhaltbaren Vereinigung beider Länder. (Großer Beifall.) Er überbringt sodann die herzlichsten Grüße und Wünsche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zieht einen Vergleich zwischen den politischen Verhältnissen in beiden Staaten. In Deutschland, wo zwei große Parteien einander gegenüberstehen, liegen die Dinge viel einfacher als bei uns, wo wir es mit einer Vielzahl von Parteien zu tun haben und wo wir oft vor sehr schwierigen Entscheidungen stehen. Crispian sagt dann, daß die reichsdeutsche Sozialdemokratie keineswegs mit Pauken und Trompeten in die Reichsregierung hineingegangen sei, aber nach ihrem Wählerfolg im Kampf gegen den Bürgerblock habe sie die Mitverantwortung übernehmen müssen. Das Mitregieren bringt manchmal sehr peinliche Situationen und gelegentlich auch sehr unangenehme Ueberrassungen. Er könne jedoch die Versicherung geben, daß das Gefüge der reichsdeutschen Sozialdemokratie durch derartige unliebsame Ereignisse nicht erschüttert werde und daß sie sich weder zu unbesonnenen Aktionen hinreißen lassen, noch ihre Zielklarheit ausgeben werde. Sie sei sich stets auch ihrer Pflichten gegen das internationale Proletariat und den internationalen Sozialismus bewußt. (Stürmischer Beifall.)

Der jetzige Aufmarsch der sozialdemokratischen Parteien auf dem Boden der Demokratie und die Ausnutzung aller Mittel der Demokratie seien die Vorbereitung für den Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit. In diesem Kampf werde, dessen sei er gewiß, die deutschösterreichische Sozialdemokratie ihren Mann stehen, und dem Parteitag, der diese Entscheidung mit vorbereiten wolle, wünsche er besten Erfolg. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Nach weiteren Begrüßungsansprachen und Erhebung geschäftsordnungsmäßiger Notwendigkeiten vertagte sich der Parteitag auf morgen früh, wo Otto Bauer das große Referat über den Mieterschutz erstatten wird.

Die Auflösung der Gutsbezirke.

Erlaß der Bestimmungen im Oktober.

Nach dem sogenannten Rotgesetz vom 27. Dezember 1927 über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, das bekanntlich an die Stelle der gescheiterten Vorlage über die neue Gemeindeverfassung getreten ist und u. a. auch die Aufhebung der preussischen Gutsbezirke vorsieht, erläßt das Ministerium des Innern die notwendigen Bestimmungen. Bekanntlich kommen drei Lösungen in Frage: 1. Erklärung des Gutsbezirkes zu einer selbständigen Gemeinde; 2. Anschluß des Gutsbezirkes an eine bestehende Gemeinde; 3. Zusammenschluß mehrerer Gutsbezirke zu einer neuen Gemeinde. Die Sitzung des preussischen Kabinetts, die sich mit den vom Innenministerium zu machenden Vorschlägen über die Art der Regelung im einzelnen zu befassen haben wird, dürfte im Oktober nach Wiederzusammentritt des Landtagsplenums stattfinden. Bis dahin kann Bestimmtes über die Einzelheiten noch nicht gesagt werden. Da bekanntlich am 2. Dezember die Gemeindegewahlen in Preußen stattfinden sollen, so muß jedenfalls eine geraume Zeit vorher die endgültige Regelung beschlossen sein.

Münchmeyer.

Reis für die Kaltwasserheilanstalt.

Hannover, 14. September. (Eigenbericht.)

Der bekannte nationalsozialistische Pastor Münchmeyer aus Bortum sprach am Donnerstag in einer Versammlung in Hannover. In seiner Rede mißmißte es nur so von Beleidigungen gegen die Republik und ihre Minister. Den Reichsanwalt Hermann Müller nannte Münchmeyer wiederholt einen Kollaboranten. Der Völkerverbund sei eine Affentomödie und die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes eine Machination des internationalen Judentums. Er halte die Ermordung Rathenaus auch heute noch für ein großes Glück für Deutschland. Bayern sei eine Saurepublik. Mindestens sechsmal nannte er die deutsche Republik eine Judenrepublik. Er drückte das sagen, führte er aus, weil das Reichsgericht dies in 5 Fällen zugegeben habe. 5 Freisprüche lägen vor. Es wird Zeit, diesen unheilbar pathologischen Pastor endlich in eine Kaltwasserheilanstalt zu stecken.

Flämische Aktivistin entlassen.

Hartnäckige Rheinlandsforderungen Belgiens.

Brüssel, 14. September.

Im Ministerrat berichtete Hymans über die Genfer Räumungsverhandlungen. Der Rat billigte einstimmig die Stellungnahme Hymans, wonach Deutschland zunächst konkrete Vorschläge zu machen habe, die dann von den Alliierten zu prüfen wären. Diese Vorschläge hätten in wichtigen Sicherheitsgarantien im Rheinland und in finanziellen Vorteilen auf dem Gebiet der Reparationen zu bestehen.

Das Kabinett beschloß außerdem eine Amnestie für die während des Krieges wegen Spionage und Landesverrat verurteilten Belgier. Eine gewisse Anzahl der Verurteilten sind freigelassen worden, doch werden sie nach wie vor ihrer politischen Rechte und Ehren verlustig gehen. Es betrifft dies vor allem die flämischen Aktivistin.

Die Verschwörer schon entlassen.

Madrid setzt in Freiheit.

Gibraltar, 14. September.

Auf Befehl aus Madrid wurden die fünfzig Personen, die gestern in La Vinea und Umgebung verhaftet worden sind, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zurück auf 1924!

Die neueste Parole der Deutschnationalen.

In der letzten Zeit hat es nicht an Symptomen einer wachsenden Radikalisierung der Rechten gefehlt. Es sei erinnert an jene Stahlhelmhofschaft von Fürstenwalde, die in einem Hofgelang gegen die Republik auslief, an die Rundgebung des Aldeutschen Verbandes gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg und schließlich an die ultimativen Forderungen, die der Hauptverein der Deutschkonserwativen an die Deutschnationale Volkspartei richtete.

Immerhin könnten die Deutschnationalen hierzu sagen, daß all das keine Rundgebungen der Deutschnationalen Volkspartei sind. Gewiß bildet der Stahlhelm das agitatorische Rückgrat der Deutschnationalen Volkspartei, gewiß reicht der Einfluss der Aldeutschen weiter, als der oberflächliche Beschauer vermutet, gewiß bilden die Deutschkonserwativen eine geschlossene Gruppe innerhalb der Partei. Aber es waren doch formale Handhaben gegeben, diese Rundgebungen öffentlich abzuschütteln. Das ist nun anders geworden. Die Hamburger Deutschnationalen, also eine offizielle Parteikörperschaft, haben einen Beschluß gefaßt, der nach der gleichen Richtung zielt. Sie verlangen, daß die Deutschnationale Volkspartei in ihrer Latenz und prinzipiellen Einstellung auf die Zeit vor 1924 zurückgeht.

Mit diesem Beschluß ist erwiesen, daß der Streit um den Fall Lambach nunmehr den rechten Parteiflügel offen in das Lager der Ultra übergeben läßt. Das Jahr 1924 scheint nicht ohne Absicht als Stichtag gewählt zu sein; denn 1925 begann mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Es scheint, daß die Hamburger Deutschnationalen, indem sie ausdrücklich das Jahr vor der Wahl Hindenburgs als Ideal der deutschnationalen Propagandastrategie hinstellen, damit den Standpunkt des Herrn Glas teilen, daß „seit dem Tage, an dem Herr von Hindenburg sein Amt übernommen hat, schließlich alles sich zum Uebleren gewendet habe“. Auf die Wahl Hindenburgs folgte die Periode deutschnationaler Ministeriätigkeit, mit der die Hamburger Deutschnationalen nun auch ein für allemal Schluss machen möchten.

Was aber heißt praktisch die Berufung auf die Zeit vor 1924? Es war für die Deutschnationalen die Zeit des offenen und unvertretenen Putschismus, die Zeit der Versuche, die Republik auf gewalttätigem Wege zu beseitigen. Es war dies die Zeit, in der Diktatorpläne über den Artikel 48 der Reichsverfassung gesponnen wurden, die in der Praxis zur völligen Aufhebung der Reichsverfassung führen sollte. Es war dies schließlich die Zeit der Minister- und Gememorde, unter die jetzt — auf dringendes Bitten der Deutschnationalen — durch die Amnestie der Republik ein Schlußstrich gesetzt worden ist.

Wollen die Deutschnationalen wirklich diese Zeit wieder aufleben lassen? Wollen sie sich wieder offen zum gewalttätigen Sturz der Republik und zum Hochverrat bekennen? Dann nur zu! Mit offenen Feinden wird die Republik leichter fertig werden, als mit Leuten, die ihre bösen Absichten dauernd unter der Betäuschung der Harmlosigkeit verbergen. Biletsch gehört es auch in den Kreis der oben besprochenen Symptome, wenn jetzt ein deutschnationaler Verlag in München eine wahre Hochflut von Druckschriften zur Verteidigung der Gememörder erscheinen läßt. Von der Solidarität mit den Rührer Putschisten bis zur Solidarität mit den Erzberger- und Rathenau-Ministern sowie den Kapp-Verärrern von 1920 ist ja kein weiter Schritt mehr. Die Hofhofschaft des Stahlhelm gegen die Republik, die Kriegserklärung der Aldeutschen an Hindenburg und das Verlangen der Deutschkonserwativen nach Wiederherstellung der Monarchie runden das Bild ab.

Baron Hefoang, zuerst zu 7½ Jahren Zuchthaus wegen „Schändung“ Ungarns verurteilt, hat im Berufungsverfahren 1½ Jahre Gefängnis erhalten. Wegen Krankheit wurde er außerdem vorläufig aus der Haft entlassen.

Deutscher Juristentag.

Enthüllungen über die Entstehung der Emminger-Berordnung.

Salzburg, 14. September. (Eigenbericht.)

Der gestrige Zwischenfall bildete auch heute noch den Gegenstand lebhafter Unterhaltung. Nicht unbemerkt blieb, daß der Präsident des höchsten bayerischen Gerichtshofes, Dr. Unzner, auf sein Schlusswort verzichtete und noch am gestrigen Abend Salzburg verlassen hat, desgleichen sprach Justizminister Dr. Schmidt in der Diskussion sein Bedauern darüber aus, daß ihm nicht gestattet worden sei, sofort nach Beendigung des Referates des Herrn v. Unzner gegen dessen Ausführungen Stellung zu nehmen, und die von ihm eingereichte Bemerkung gegen die unqualifizierten Verdächtigungen gegen die preussische Regierung durch den Berichtsteller sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Angelegenheit durchaus nicht als erledigt zu betrachten sei.

Das Kartellrecht.

In der Frage der Kartellgesetzgebung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Großes Befremden verursachten die Darlegungen des Berliner Prof. Dr. Flechtheim. Er polemisierte gegen jeden positiven Gedanken auf dem Gebiete der Fortentwicklung des Kartellrechts.

Professor Dr. Singheimer erwiderte, daß man der rechtlichen Behandlung der Kartelle nur gerecht werde, wenn man den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trage. Das Grundproblem eines positiven Kartellrechts ist die Frage, wie eine Regulierung der Wirtschaft möglich sei, nachdem das früher herrschende Wirtschaftsprinzip der freien Konkurrenz nicht mehr wirksam sei. Im einzelnen wandte sich Prof. Dr. Singheimer entschieden gegen die Erweiterung der Kompetenzen der Sachverständigenausschüsse. Er hob hervor, daß der Reichswirtschaftsminister seiner anderen Kontrolle unterworfen sein könne als der parlamentarischen. Der Redner trat schließlich auch für die Beteiligung der Arbeiterschaft in allen Aufsichtsorganen ein.

Die Entschlüsse der Abteilungen bewegen sich im großen und ganzen in der Richtung ihrer Äußerungen.

Reform des Strafprozesses.

Das Problem der Reform des Strafverfahrens wurde vom Senatspräsidenten am Reichsgericht Dr. Lobe-Weipzig behandelt. Im allgemeinen stellte er eine Reihe fortschrittlicher Forderungen auf, unter anderem, daß der Richter in jedem Verfahrensstadium von allen Reformen und inquisitorischer Tätigkeit zu befreien sei und sich lediglich auf richterliche Tätigkeit zu beschränken habe, und ferner, daß das Erörterungsverfahren in der Hand des Staatsanwalts zu liegen habe, daß die Voruntersuchung abzuschaffen sei, daß bereits in der Voruntersuchung ein Verteidiger zugelassen sei, ferner forderte er, daß für die Führung in der Hauptverhandlung durch den Vorsitzenden allein die Anklageschrift die Grundlage zu bilden habe, die Ermittlungsakten sollen dem Gericht nicht vorgelegt werden und seien in der Hauptverhandlung nicht zu benutzen. Die Beweiserhebung solle in den Händen der Parteien liegen, das Wiederannahmeverfahren sei formell anzubauen und sachlich und formell zu erleichtern. Als Verschlechterung sind die Forderungen zu betrachten, daß die Staatsanwaltschaft unabhängig und allein dem Besch. unterworfen sein solle, ferner, daß die Berufung nur gegen Urteil des einzelnen Richters zugelassen sein solle.

Wie die Emminger-Berordnung entstand.

In der Diskussion enthüllte Reichstagsabgeordneter Kurt Rosenfeld, wie seinerzeit die Abschaffung der Schwurgerichte durch die Emminger-Berordnung zustande gekommen sei: Die Neuordnung des Strafprozesses erfolgte seinerzeit auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Die Berordnung des Reichsjustizministers wurde auf Grund der Beschlüsse eines Reichstagsausschusses erlassen. In diesem Reichstagsausschuss bestand eine Mehrheit für den von Radbruch und Rosenfeld eingebrachten Antrag: „Das Schwurgericht darf nicht durch eine Berordnung beseitigt werden.“ Für die Annahme des Antrags bestand eine Mehrheit der Sozialdemokraten, Demokraten, der Kommunisten und des Zentrums. Am Moment der Abstimmung unterhielt sich der Stimmführer des Zentrums, der jetzt verstorbenen Abgeordnete Spahn, gerade mit einer anderen Person. Er war infolgedessen abgelenkt, und die Abstimmung erfolgte, ohne daß Spahn die Hand erhoben hätte, wie dies vorgesehen war. Seine Fraktionskollegen erhoben ebenfalls nicht die Hände, da der Stimmführer nicht für den Antrag stimmte.

Erst nach der Abstimmung wurde bemerkt, daß das Zentrum versehenlich nicht mitgestimmt hatte. Spahn begab sich zur Aufklärung der Sache nach dem Reichsjustizministerium. Der Beschluß des Ausschusses war aber nicht mehr umzusetzen, und die Berordnung, durch die das Schwurgericht abgeschafft wurde, wurde erlassen.

Hg. Rosenfeld führte jedoch aus, es sei ein schwerer Irrtum, zu vermuten, daß das deutsche Volk auf das Schwurgericht verzichtet habe. Es müsse eine Neuordnung des Strafprozesses erfolgen, eine neue Strafprozessordnung müsse vorgelegt werden. Rosenfeld gab der Hoffnung Ausdruck, daß ebenso wie in der Frage der Todesstrafe auch in der Frage der Schwurgerichte das deutsche Recht dem österreichischen Recht angeglichen werde.

Als weiterer Diskussionsredner ist noch besonders das Mitglied des Nationalrats Dr. Eißler zu nennen, der sich dagegen wendete, daß man etwa glaube, Schwurgerichte in Österreich abschaffen zu können. Auch er forderte die Wiedereinführung der Schwurgerichte in Deutschland.

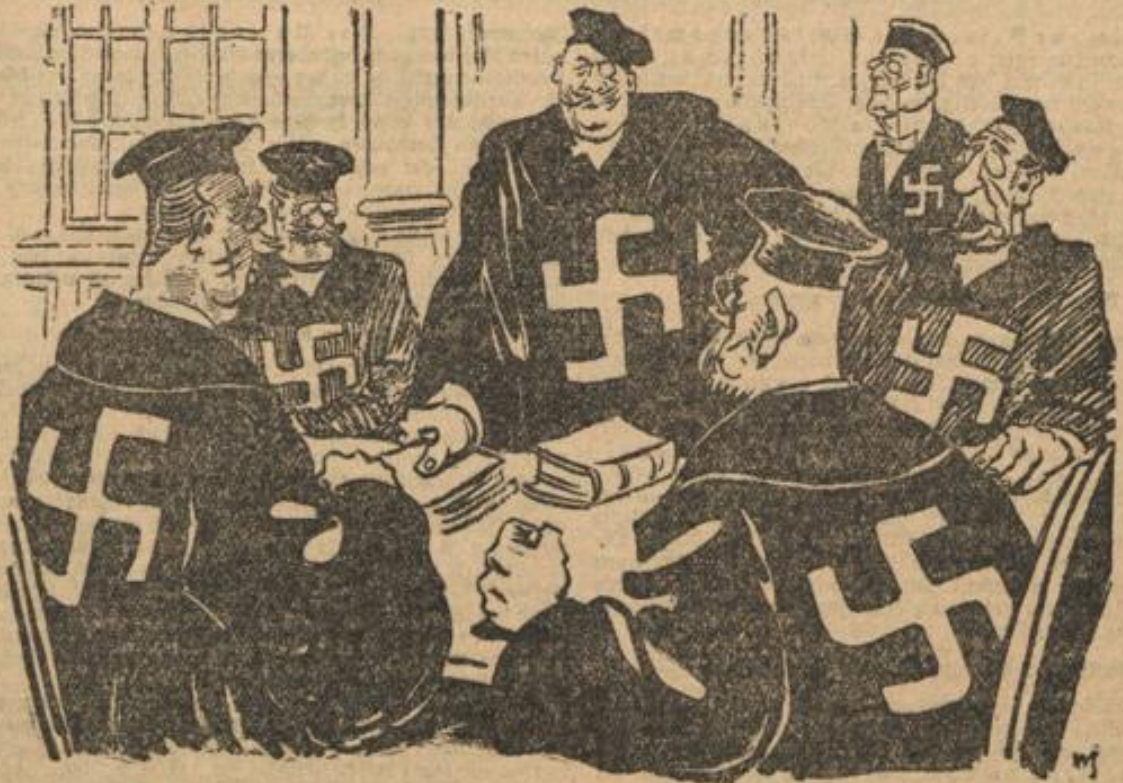
Die Abstimmungen.

Das Ergebnis der Abstimmung war im großen und ganzen erfreulich. Abgelehnt wurde allerdings die Forderung des Senatspräsidenten Lobe, daß die Ermittlungsakten nicht dem Gericht vorgelegt werden dürfen. Dagegen wurde beschlossen, daß die Beweiserhebung in den Händen der Parteien liegen solle. Zur Annahme gelangte der Antrag Rosenfeld-Eckstein, daß die Berufung in allen erstinstanzlichen Urteilen, mit Ausnahme der Schwurgerichtsurteile, zulässig sein sollen. Zur Annahme gelangte auch der Antrag Rosenfeld-Eckstein, der die Ständige Deputation beauftragt, auf dem nächsten Juristentag die Frage des Schwurgerichts auf die Tagesordnung zu setzen.

Gnädig Flugverkehr im Saargebiet. Nach jahrelangem Warten wird der Flugverkehr mit dem Saargebiet am kommenden Montag endlich eröffnet werden. Die Straßen Saarbrücken-Frankfurt a. M. und Saarbrücken-Paris werden gemeinsam von der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft und der französischen Air France besetzt werden.

Bayerische Justizbelange.

(Zur Rede des bayerischen Oberlandesgerichtspräsidenten auf dem Deutschen Juristentag.)



„Wir bayerischen Richter wollen keine preussischen Zustände. Wir wollen so unpolitisch bleiben — wie wir jetzt sind!“

„Sächsischer Radikalismus.“

Von Anna Siemsen.

Wir entnehmen der „Chemnitzer Volksstimme“ diesen Beitrag zur Soziologie der sächsischen Arbeiterchaft. Er wird gerade außerhalb Sachsens Interesse finden.

Es ist allgemein zur Gewohnheit geworden, bei jeder Gelegenheit auf den sächsischen Radikalismus loszuschlagen. Nicht nur bürgerliche Pressestimmen stampeln gern jede Oppositionsregung in der Partei zu einer lokal sächsischen Verirrung, auch weite Kreise der Partei ahmen die Gewohnheit nach, und dabei scheint es keine Ausnahme, als ob das sächsische Klima oder eine ganz besondere sächsische Klassenveranlagung diesen „sächsischen Radikalismus“ erzeuge, dem denn auch gebührenderweise unter gesunden Menschen nichts anderes als Ablehnung zuteil werden dürfe. Wir wollen uns daran erinnern, daß auch Bebel, Liebknecht und ihre sächsische Parteimitglieder Vertreter dieses sächsischen Radikalismus waren, daß die ersten Sozialdemokraten im deutschen Reichstag Sachsen waren, und daß sie sich lebhaft dagegen gewehrt hätten, wenn man

ihre Auftritte als eine sächsische Verirrung angesehen hätte, statt es auf die wirtschaftlichen Verhältnisse

und das durch sie gemehrte Klassenbewußtsein der sächsischen Textilarbeiter zurückzuführen. Wir haben scheinbar ein wenig verlernt, solche wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Betrachtungen anzustellen und ersetzen sie durch moralische Entschuldigungen, wenn ein anderer — und gar ein Parteigenosse — nicht unserer Meinung ist. Gerade deshalb scheint es am Platze, daran zu erinnern, daß auch heute noch

Deutschland ein Land sehr verschiedenartiger wirtschaftlicher Entwicklung

ist, daß nicht nur die besondere geistige Verfassung der oberbayerischen Bauern und der pommerischen Jünger, sondern auch die der Arbeiter sehr wesentlich von ihrer Umgebung abhängt, und daß eine Gegend mit gehäufte Industrie und überwiegender Arbeiterchaft eine andere politische Einstellung hervorruft als Gebiete, in denen die Industrie eingebettet ist in große landwirtschaftliche Komplexe, und daß der Arbeiter zwischen bäuerlicher und mittelständischer Bevölkerung von deren Lebens-, Denk- und politischen Gewohnheiten beeinflusst wird.

Laßen wir Zahlen reden. Sachsen ist heute noch bei weitem das ausgeprägteste Industriegebiet Deutschlands. Während im Reichsdurchschnitt 41,4 Proz. der erwerbstätigen Bevölkerung in der Industrie arbeiten, sind es in Sachsen 60 Proz., d. h. fast um die Hälfte mehr. Alle anderen Gebiete folgen in relativem Abstand:

Westfalen . . . 54 Proz. | Rheinland . . . 50 Proz.
Berlin . . . 51,3 „ | Thüringen . . . 49 „

Wie sehr Sachsen und der industrielle Westen das industrielle Rückgrat des Landes sind, geht auch daraus hervor, daß von der motorischen Kraft, die in Deutschland verwendet wird, dem eigentlichen Kennzeichen starker industrieller Entwicklung, in großen Betrieben über die Hälfte auf diese beiden Gebiete entfällt (motorische Kraft in PS im Rheinland, Westfalen und Sachsen 9,12 Millionen, im übrigen Reich 8,98 Millionen). Hinzu kommt, daß in diesen Gegenden die Industrie mit ihrer Arbeitermasse ganz überwiegt gegenüber den Handelsunternehmungen mit ihrer weit stärkeren Angestelltenchaft. Ich stelle Berlin und die beiden großen Hanfsstädte zum Vergleich einmal neben unsere drei Industrieprovinzen:

	Industrie	Handel	aber:	Industrie	Handel
Sachsen	60,9%	17,0%	Berlin	51,2%	29,8%
Rheinland	50,0%	18,6%	Hamburg	34,5%	45,4%
Westfalen	54,8%	14,2%	Bremen	40,8%	38,3%

Und das wirkt sich in der Zusammensetzung der proletarischen Schichten aus. Wenn wir Arbeiter und Angestellte in ihrer Stärke vergleichen, so sind mit Ausnahme der Gegenden mit ausgeprägtem Großgrundbesitz und starker Landarbeiterchaft diese die einzigen, die über den Reichsdurchschnitt von 45,1 Proz. hinausgehen. In dieser Reihenfolge:

	Arbeiter	Angestellte	Zusammen
Westfalen	54,1 Proz.	15,7 Proz.	69,8 Proz.
Sachsen	54,0 „	18,8 „	72,8 „
Rheinland	48,2 „	18,5 „	66,8 „
Thüringen	46,7 „	12,6 „	59,3 „
aber:			
Berlin	45,9 Proz.	30,5 Proz.	76,4 Proz.
Bremen	43,6 „	30,3 „	73,9 „
Hamburg	42,8 „	31,8 „	74,6 „

Sachsen steht also nur hinter den reinen Stadtgebieten zurück in der Stärke seiner proletarischen, in den kapitalistischen Wirtschaftskreisen voll einbezogenen Bevölkerung. Aber während in den drei großen Städten die Angestellten einen ganz starken Prozentsatz bilden (rund 40 Proz. des Proletariats), bleiben sie in Sachsen in einer ganz ausgesprochenen Minderheit (nur 23 Proz.). Wir haben also beispielsweise in Hamburg eine Art proletarischer Oberschicht von sehr großer Stärke, die in der Sozialdemokratischen Partei gewiß das Liebergewicht hat, da die in Hamburg sehr starken Kommunisten natürlich vorwiegend den eigentlichen im Betrieb stehenden Arbeiter anziehen. Daraus erklären sich viele Züge der spezifisch hamburgischen Parteipolitik.

In Sachsen aber haben wir vorwiegend eigentliches Industrie-proletariat.

Und die Folge davon ist, daß die sächsische Partei am reinsten proletarisches Klassenbewußtsein verkörpert, am einheitlichsten im Gegensatz gegen das hier ebenfalls äußerst fest zusammengebaute Bürgertum ist. Sächsischer Radikalismus ist also gar nichts anderes als dies wirtschaftlich bedingte,

in der Betriebsarbeit, im täglichen Leben und im Zusammenarbeiten mit den Klassenpartnern geschärfte Bewußtsein,

das in Sachsen nicht, wie in anderen Gebieten Deutschlands, abgelenkt und getrübt wird durch eine nicht proletarisierte Umwelt. Daß unsere beiden anderen Proletariatsgebiete Rheinland und Westfalen in ihrer parteipolitischen Stellung so weit abweichen, dafür sind die Gründe so bekannt, daß man sie kaum aufzuzählen braucht: Einfluß des Katholizismus, starke Durchdringung der Arbeiterchaft mit fremden Elementen und daher mangelnde Einheitlichkeit, rasendes Wachstum der Industrie und Unternehmertum in Hand als Hindernisse gründlicher Propaganda und Schulung, endlich die Katastrophen der Ruhrbesetzung, die die Partei so zerrissen und zerstückt haben, daß wohl noch auf lange hinaus eine halbwegs gesunde und normale Entwicklung unterbunden ist. Das Rhein- und Ruhrgebiet ist neben Berlin die Hochburg der Kommunisten. Daß Sachsen mit seiner wirtschaftlich so ähnlichen Struktur trotz der Katastrophe der Reichsregierung, trotz der Belastung durch den Kampf mit den Sozialisten die Bewegung intakt, die Stärke der Kommunisten in erträglichen Grenzen gehalten hat, ist in seinen verschiedenen Gebieten so ungleichmäßig entwickelt, daß auch die sozialistische Bewegung Spuren dieser Unregelmäßigkeit tragen muß. Wir brauchen daher Raum für

die verschiedenen Spielarten des sozialistischen Gedankens, die aus verschiedenen Verhältnissen hervorgehen.

Nur darf diese Freiheit nicht ausarten in Führungs- und Grundlosigkeit, noch weniger in eine Führung, welche die Interessen und Anschauungen der wirtschaftlich fortgeschrittensten Gebiete und ihrer Organisationen unterdrückt, um den wirtschaftlich und daher auch politisch rückständigsten nicht zu viel zuzumuten. Es scheint mir aber unnatürlich und äußerst gefährlich, wenn in der Sozialdemokratie, die doch immerhin eine proletarische Partei ist, weite Kreise der Partei sich daran gewöhnen, demjenigen Teil der Partei, der am reinsten die Züge ihres Ursprungs trägt, am klarsten in seiner Struktur ihr Wesen verkörpert und den Geist, aus dem sie entstanden ist, am treuesten bewahrt, der auch nach der ganzen wirtschaftlichen Beschaffenheit Deutschlands unentbehrliches Rückgrat der Bewegung ist und bleiben wird, wenn dieser Teil der Bewegung dauernd als Prägungsbild benützt wird, um Kerger abzureagieren und Richtungen grundsätzlicher Art auf lokale und Gebieteisereifheiten abzulernen.

Reform des Schlichtungswesens.

Bevorstehende Aussprache mit den Verbänden.

Die Konferenz zur Reform des Schlichtungswesens ist vom Reichsarbeitsminister auf den 16. Oktober angesetzt worden. Das Ministerium hat die Spitzenverbände der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen. Der Zweck der Konferenz ist, durch einen Austausch der Erfahrungen und Wünsche auf dem Gebiete des Schlichtungswesens, vor allem bei der Frage der Verbindlichkeitsklärung, eine Klärung herbeizuführen.

Die Konferenz wird, nachdem bereits der Hamburger Gewerkschaftskongress sich eingehend mit der Schlichtungsfrage befaßt hat, eine etwas freiere Atmosphäre vorfinden. Ohne die

Vorbereitung des Hamburger Kongresses

hätte die Schlichtungskonferenz von vornherein unter einem wenig günstigen Stern gestanden. Die Erörterungen der Schlichtungsprobleme auf dem Gewerkschaftskongress und die gleichzeitig in der Gewerkschaftspresse, vor allem in der „Arbeit“, erschienenen Darlegungen zur Schlichtungsfrage haben der Konferenz gut vorbereitet. Die Kernfrage des Streites sind klarer und deutlicher geworden. Das hemmungsfähige Verbot von einer Befehlsgewalt der Zwangsschlichtung überhaupt findet sich nur noch in der kommunistischen Presse. Auch viele illusionäre Verbesserungsrezepte haben sich bereits vor der sachlichen Kritik in nichts verflüchtigt. Die Bahn für eine ruhige und sachliche Diskussion auf der Konferenz ist einigermaßen frei gemacht. Die freien Gewerkschaften haben jedenfalls ihr Möglichstes getan, um eine Plattform für eine fruchtbare Besprechung zu schaffen.

Die staatliche Schlichtung ist nicht zu entbehren.

Das hat die Aussprache in Hamburg deutlich gezeigt. Es wird immer wieder Streitfälle geben, bei denen nur mit Hilfe der staatlichen Schlichtung eine Lösung des Konfliktes möglich ist. Die Arbeiterschaft, die den Staat erobern will, hat ja auch nicht entfernt das Interesse an einer Ausschaltung des Staates bei den Arbeitsstreitigkeiten wie das Unternehmertum. Die Gewerkschaften lehnen die staatliche Hoheitsausübung auf dem Gebiete der Wirtschaftsführung, und dazu gehört auch die Einschränkung auf die Arbeitsbedingungen, nicht ab. Der Ruf „Weg mit der staatlichen Bevormundung!“ kommt aus der liberalen Wirtschaftsauffassung.

Das Unternehmertum begeistert sich für diesen Ruf aus ganz besonderen Gründen: zahlreiche Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände wollen noch heute von dem freiwilligen Abschluß von Tarifverträgen überhaupt nichts wissen. Die Arbeitnehmer haben aber nicht nur starke, sondern auch schwache Verbände. Den schwächeren Verbänden, wie z. B. den Angestelltenverbänden, würde bei Wegfall der behördlichen Hilfe in diesen Fällen der Abschluß eines Tarifvertrages und damit auch die Vereinbarung einer tariflichen Schlichtungsstelle unmöglich werden.

Die staatliche Schlichtung ist, wenn man so will, ein notwendiges Übel. Man kann versuchen, diesem Übel an dem einen oder anderen Punkt einige Härten und Schärpen zu nehmen. Aber die bis jetzt gemachten Verbesserungsvorschläge zur

Reform des Schlichtungsapparates

Reform des Schlichtungsapparates sind fast alle wenig brauchbar. Die einen möchten aus dem Schlichter so etwas wie einen Richter machen und übersehen dabei, daß der Schlichter etwas ganz anderes ist als ein Richter. Der Schlichter handelt nach den großen Richtlinien, nach einer Art Generalauftrag, der ihm zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten gegeben worden ist. Mit der Schaffung einer Reichsschlichtungsstelle ist nichts erreicht, ebenso nicht mit der Heranziehung sogenannter neutraler Beisitzer. Wir wissen ja, wie wenig bei der Gutachterfähigkeit z. B. herausgekommen ist. Bei der Abstimmung über einen Arbeitsstreit wird es nie so zugehen wie in einem Parlament, in den wichtigsten Fällen wird immer wieder die letzte Entscheidung in der Hand des Schlichters liegen. Läßt man das Reichswirtschaftsministerium in der Schlichtungsfrage dem Reichsarbeitsministerium ins Handwerk pfeifen, so ist auch damit die Sache nicht verbessert, sondern nur veräppelt.

Von welcher Seite aus man auch das Schlichtungsproblem betrachtet, nirgends zeigt sich ein Punkt, von dem aus zurecht radikale Reformen vorgenommen werden könnten. Schlichtungsentscheidungen werden nie salomonische Urteile sein. Wirtschaftliche, organisatorische und politische Momente spielen bei den Entscheidungen eine große Rolle mit. In der Hauptsache kommt es nach wie vor auf die Kraft und Macht der Organisation der Arbeitnehmer an und schließlich auch auf die Taktik bei Lohnbewegungen. Aufgabe der Gewerkschaften insgesamt wird es sein, dafür zu sorgen, daß das Schlichtungswesen nicht zur Zwangsjacke für sie wird.

Allenstein bringt zum Ausdruck, daß auch er die erwähnte Bekämpfung des Landrats des Kreises und nicht zu billigen vermöge. Ueber die einleitenden Zeilen des Bescheides sehen wir dabei gern hinweg. Wir bewerten sie als das Bemühen, den Landrat nicht mehr bloßzustellen, als es notwendig ist. Wenn darin gesagt wird, daß die Abwanderung zum Teil auf die verhältnismäßig geringen Löhne zurückzuführen ist, so ist das eine Feststellung, die der Deutsche Landarbeiter-Verband nur begrüßen kann.

Hoffentlich wird in künftigen Fällen eingegriffen, ohne daß erst öffentlich Kritik erhoben werden muß.

Warnung für Textilarbeiter!

Aus Berliner Textilarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Vor einem Arbeiterführer (Schlichter) der Art, namens Emrich, muß gewarnt werden. Dieser Emrich mußte vor drei Jahren wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Deutschen Textilarbeiterverband ausgeschlossen werden. Er ist jetzt Angehöriger der kommunistischen Partei und versucht in die Textilbetriebe Einlaß zu bekommen, indem er sich fälschlich als Verbandsvertreter begebenet.

In der Straßauer Jute wollte er den dortigen Obmann des Betriebsrates zwingen, innerhalb seiner Belegschaft eine kommunistische Zelle zu bilden, und die Jutearbeiter, namentlich unsere Wiener Kollegen, sind empört über die schamlosen Lügen, die Emrich über die Berliner Ortsverwaltung unseres Verbandes verbreitet. In einer Betriebsversammlung der Jutebetriebe Schöck u. Sondernmann hat sich Emrich als angeblicher Kollege eingeschlichen ohne Einladung des Obmannes vom Betriebsrat.

Wer für die Einheitsfront in unserer Gewerkschaft ist, hat dem Gewerkschaftsleiter Emrich abzuweisen.

Die Lohnunterschiede in Halberstadt.

Die Lohnunterschiede in den Halberstädter Wurstfabriken Christian Förster und Gerchland u. Becker dauern fort. Die beiden Firmen weigern sich nach wie vor, ihrer Arbeiterschaft die gleichen Löhne zu zahlen, wie sie die Firma Haine u. Co. bezahlt. Namentlich die Firma Christian Förster droht statt dessen durch Ausschlag am schwarzen Brett mit Entlassungen, Kurzarbeit und dergleichen.

Diese Firma geht sogar soweit den Betriebsrat für die bestehenden Differenzen verantwortlich zu machen. Die Arbeiterschaft der beiden Betriebe läßt sich durch solche Einschüchterungsversuche jedoch nicht von ihren berechtigten Forderungen abbringen und wird den Kampf solange fortsetzen, bis beide Firmen die gleichen Löhne zahlen wie die Firma Haine bereits seit dem August. Beim Einfluß von Halberstädter Wurstfabriken wird bis dahin darauf zu achten sein, von welchen Firmen sie hergestellt sind.

Einheit, die ich meine!

(GBB.) Immer noch und immer wieder gibt es Leute und Organisationen, die an die Einheit nach Moskauer Rezept glauben. So haben sich die norwegischen Gewerkschaften wieder auf die Plattform der bald legendären und scheinbar von den Russen selber ausgegebenen Weltkonferenz ohne Vorbedingungen zwischen der Roten Gewerkschafts-Internationalen (RGI) und dem GBB zurückgezogen. In einem offenen, an den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) gerichteten Brief, dessen aus Moskau importierte Argumente mit jenen Waren zu vergleichen sind, die in Europa keine Käufer und Interessenten mehr finden und mit denen deshalb abgelegene überseeische Länder beglückt werden, schlägt das Gewerkschaftsamt von Neu-Süd-Wales (Australien) ebenfalls als der Weisheit letzten Schluß die besagte Konferenz vor, durch die eine „Welt-Gewerkschafts-Internationalen“ zustande kommen soll, die alle organisierten Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse, der Religion und des politischen Glaubens umfassen soll.

Es trifft sich nun gut, daß Losowitsch, der Präsident der RGI und Erfinder dieses Rezepts, gerade in allerneuester Zeit mit begründeter Offenheit wieder einmal gesagt hat, wie er sich diesen Plan vorstellt. In seinen Äußerungen als Vertreter der „kommunistischen Fraktion der RGI“ — dies muß doch wohl die ganze RGI sein? — antwortete er in Erwiderung auf verschiedene Redner, die im Herzen Moskaus und der kommunistischen Internationalen (KI) die ungeheuerliche Behauptung wagten, daß der IGB, vielleicht doch kein Werkzeug der Kapitalisten sei, wie folgt: „Die RGI und die KI nehmen seit vielen Jahren entschieden für die Einheit der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung Stellung, doch machen beide aus der Einheit keinen Feilsch. (Keine Heiterkeit. D. R.)“

Die Einheit ist nicht ein Ziel an sich, sondern nur Mittel zum Ziel. Daher darf man die Frage der Existenz und der Organisation der Opposition, die Frage unserer kommunistischen Taktik in den Gewerkschaften, nicht von der Einheit abhängig machen.“ Damit soll natürlich gesagt sein, daß man die Opposition nicht auf die Einheit festlegen darf, wenn sie ihre Existenz nur durch Spaltung aufrechterhalten oder erzielen kann. Das eigentliche Ziel, das Losowitsch zufolge ja nicht die Einheit ist, umschrieb er bei anderen Gelegenheiten deutlicher, indem er einfach sagte, daß man eben die Reformisten „ausräuchern“ und die „Herrschaften am Kragen packen und an die Luft setzen müsse“.

All dies ist nicht neu und wurde schon vor Jahren von Einojuow bei der Definition der „Einheit“ in die hübschen Worte gekleidet, daß man ihn hinauswerfen sollte, wenn er mit den Amsterdamer eine Ehe eingehen würde. Verwunderlich ist nur der Optimismus jener, die immer noch glauben, mit dieser Moskauer Ehe sei jene Einheit verwirklicht, die für jeden ehrlichen Befürworter kein Mittel, sondern nur ein Ziel sein kann.

Keine Arbeit für die englischen Bergarbeiter.

London, 14. September.

Auf den Aufruf des Premierministers Baldwin an die Geschäftswelt, den arbeitslosen Kohlenarbeitern Beschäftigung zu geben, sind nur 1000 Angebote eingegangen. Der Aufruf bedeutet somit einen völligen Fehlschlag.

Nach einer solchen veröffentlichten Statistik sind vom 1. Juni 1925 bis 30. Juni 1928 in England 1112 Kohlengruben geschlossen worden, darunter 362 für immer, während die anderen nach einer gewissen Ruhezeit wieder eröffnet werden sollen.

Gesperrte Gastwirtschaften. Wegen Tarifbruch und Nichtbenutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises sind folgende Gastwirtschaften für die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten gesperrt: Mitte: Konditorei und Café Hennings, Klosterstraße 96. Wedding: Restaurant „Goldenes Raib“, Inh. Straßburger, Rauenstraße 1. Prenzlauer Berg: Café Unterberg, Inh. Grau, Schönhauser Allee 45 a.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Leute, Connabend, folgende Veranstaltungen: Doppelparty: Nachtclub nach Silberberg. — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Nachfahrt ins Heiligtum, Treffpunkt 18 Uhr Schiller Parkhof. — Eisenbahn: Nachfahrt Altagewerkschaften — Goldarbeiter: Pötte — Tubran-Berg. Treffen 18 Uhr Schiller Parkhof.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Gerner; Wirtschaft: G. Alting; Freie Gewerkschaftsbewegung: Freie, Götter; Arbeiter: Dr. John Schillmann; Politik und Sonstiges: Reichsrat; Anzeigen: A. Giese; Journalist in Berlin: Verlag: Gewerkschaft G. m. b. H. Berlin. Druck: Zentral-Verlag und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co. Berlin, Ederstraße 1. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Ein Seemannsheim.

Den Seeleuten geht es wie den Sennern auf der Alm. Eine verlogene Romantik hat dazu geführt, daß die breite Öffentlichkeit vielfach ganz falsche Vorstellungen über ihre Lebenslage hat. Die Lebensverhältnisse der Seeleute haben ganz und gar nichts Romantisches an sich: sie sind echt proletarische Lebensverhältnisse. So hat der Seemann, wenn er an Land geht, in neunzig von hundert Fällen nicht einmal eine richtige Weibe. Kein Wunder, wenn es in den Hafenstädten an der „Küste“ von Kneipen und Spielunten nur so mimmelt, wo der in harter Arbeit schwer verdiente Lohn aus der Tasche gelodt wird. Die Seemannsmissionen, die vom Staat stark unterstützt werden, konnten keine Abhilfe schaffen. Die organisierten Seeleute haben deshalb seit Jahren die Errichtung von Seemannsheimen, frei von allen Riffons- und Redereinfluß, gefordert. Ein erstes solches Seemannsheim wird dank der Initiative des Deutschen Verkehrsverbundes nunmehr in Cuxhaven errichtet. Dieser Tage fand dort das Richtfest der Heimstätte für Seeleute statt.

Die Seemannsheimstätte in Cuxhaven soll ein modernes Heim für Seeleute, Hafenarbeiter, Fischerarbeiter und andere Arbeiter werden. Die Heimstätte enthält zwei ausgebauten Wohnungen, über 100 Fremdenzimmer, einen Speisesaal, einen Erfrischungsräum, ein Schreib- und Besprechungszimmer, eine große Badeanstalt, einen Vortragssaal und eine Herberge für wandernde Jugend. Sie hat eine große Wirtschaftsküche und eine eigene Mälzerei; sie wird mit fließendem kaltem und warmem Wasser durch das ganze Haus versorgt und enthält als erstes Gebäude in Cuxhaven einen Fahrstuhl für Posten- und Personenbeförderung in alle Geschosse.

Die Seemannsheimstätte ist im großen und ganzen nach dem Muster der Heimstätte der Hamburger Gewerkschaften gebaut. Sie liegt in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs, hat also eine ideale Verkehrslage. Anschließend an die Heimstätte wird, wie wir hören, auch noch ein großes Hotel errichtet, da man damit rechnet, daß in den kommenden Jahren in steigendem Maße, vor allem in den Sommermonaten, der Fremdenstrom aus Arbeiterkreisen nach Cuxhaven zunimmt und mit Hilfe der Erträge des Hotels auch eine finanzielle Unterstützung der Heimstätte sichergestellt werden kann.

Ueber den großen kulturellen Wert moderner Heimstätten für Seeleute brauchen nicht viele Worte gemacht zu werden. Für den Seemann, der wochen-, monats- und jahrelang nicht in der Lage ist, ein Familienleben zu führen, ist es von unschätzbarem Wert, wenn er für die Zeit seines Aufenthalts an Land eine Stätte findet, die frei ist von der Kneipenatmosphäre, ein Heim, wo Bildungsmöglichkeiten für ihn vorhanden sind und wo er auch mit der freigewerkschaftlichen Organisation, mit den Ideen der Gewerkschaftsbewegung in engere Fühlung und Berührung kommt.

Die Landarbeiter-Internationale.

In der Zeit vom 23. bis 25. September dieses Jahres wird in Prag der 5. Internationale Landarbeiterkongress abgehalten. Neben dem Geschäftsbericht des Sekretariats und weiteren inneren Verwaltungsangelegenheiten wird beraten über die Bedeutung des kollektiven Arbeitsvertrages in der Land- und Forstwirtschaft, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Forstarbeiter und über die Stellung der Internationalen Landarbeiter-Föderation zu der Behandlung der Zollfrage auf der Weltwirtschaftskonferenz.

Für diese Referate sind Männer der Praxis, Führer der Landarbeiterbewegung, gewonnen worden. Zum Arbeitsvertrag wird Georg Schmidt, der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, sprechen. Die Forstarbeiterfragen wird Schneebberger, der Führer der österreichischen Landarbeiter, selbst ein Forstarbeiter, behandeln. Ueber die Stellung der Internationalen zur Zollfrage wird Lewinson, Führer des dänischen Landarbeiterverbandes, reden.

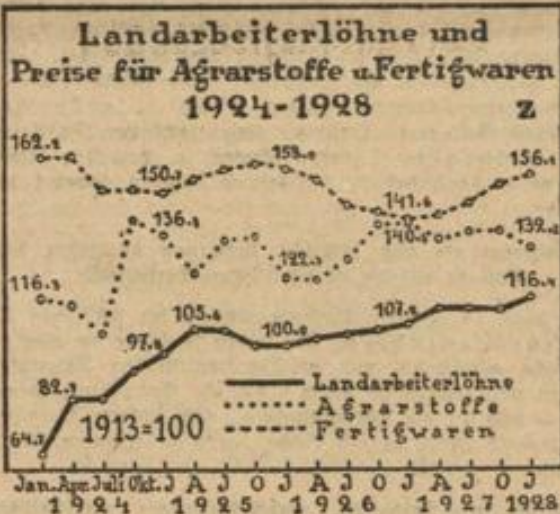
Die Berichte der Internationalen Landarbeiter-Föderation zeigen nicht mehr die riesigen Zahlen, wie wir sie aus den ersten Rekonstruktionsjahren gewöhnt sind. Wer die Landarbeiterbewegung nicht kennt und sie nur nach Zahlen beurteilen wollte, der wird sie als eine Bewegung ansehen, der wenig Bedeutung im öffentlichen Leben beizumessen ist. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Landarbeiterbewegung nimmt einen sehr beachteten Platz im öffentlichen Leben ein. Die Tatsache ist eben nicht aus der Welt zu schaffen, daß sich das Landproletariat regt und zusammenschließt.

Trotzdem das Koalitionsrecht heute in fast allen Staaten besteht, ist es in manchen Gegenden immer noch ein gewisses Wagnis für den Landarbeiter, organisiert zu sein. Er ist wirtschaftlich unfrei. Der Kampf mit seinem Gegner spielt sich in offener brutaler Form ab. Der eigenartige Arbeitsvertrag, in dem zum Beispiel die Wohnung als Entgelt für die Arbeitsleistung angesehen wird, trägt dazu bei, daß in diesem Kampfe

vielleicht der Arbeiter der Unterlegene ist. Das System der Verwahrung ist mit einer der schlimmsten Fesseln des Landarbeiters. Hierüber sagt nicht nur der deutsche Verband, sondern auch der englische und der schottische Landarbeiterverband. Diese Verhältnisse tragen mit dazu bei, daß es so äußerst schwer ist, große Massen um die Fahne der Landarbeiterbewegung zu scharen.

Der äußerliche Rückgang, die Internationale Landarbeiter-Föderation zählt zurzeit rund 310 000 Mitglieder, hat seine weitere Ursache darin, daß die Verbände in Italien und Litauen vollständig unterdrückt sind. Hier existiert keine Organisationsfreiheit mehr. In Ungarn besteht wohl noch ein Landarbeiterverband, doch das, was hier als Koalitionsrecht anzusprechen ist, läßt sich vielleicht in Vergleich bringen mit den Verhältnissen, die unter dem Sozialistengesetz in Deutschland existierten.

Teilweise ist der Ausfall ersetzt durch Zugang an neuen Verbänden. Im Laufe der letzten zwei Jahre haben sich der



Internationalen Landarbeiter-Föderation angegeschlossen: der Allgemeine Schweizerbund in Deutschland, der tschechische Landarbeiterverband mit dem Sitz in Prag, der lettische, der schwedische und der französische Landarbeiterverband.

Diese Zugänge zeigen, daß trotz des zahlenmäßigen Rückganges die Internationale Landarbeiter-Föderation ein festgefügt Ganzes ist, das seinen Platz im internationalen Leben der Arbeiterschaft beansprucht. Der Kongress in Prag wird dies aufs neue bekräftigen. Wir wünschen den Arbeiten des Kongresses auch den Erfolg, daß durch die Wucht seines Auftretens die Staaten mitgerissen werden, in denen die Landbevölkerung an noch tieferer Stelle steht, als es in unserem Vaterlande der Fall ist.

Es hat gewirkt.

Vor einiger Zeit veröffentlichte der Deutsche Landarbeiter-Verband eine Bekanntmachung des Landrats des Kreises Uckermark. Darin werden die Inhaber von gewerblichen Betrieben ermahnt, Arbeitskräfte, die früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren, oder für die Landwirtschaft geeignet sind, in ihrem Betriebe nicht einzustellen. Auf die Beschwerde der Organisation an den Regierungspräsidenten in Allenstein hat dieser jetzt folgenden Bescheid erteilt:

Auf das gefl. Schreiben vom 5. Juli 1928.

Die ersten Schwierigkeiten, die für die Landwirtschaft bestehen, geeignete Landarbeiter zu bekommen, werden auch Ihnen bekannt sein, ebenso die zum Teil auf die verhältnismäßig geringen Löhne, zum Teil auf Auswirkung der Arbeitslosenversicherung zurückzuführende Abwanderung aus der landwirtschaftlichen Arbeit zu anderen Arbeiten, besonders zu Saisonarbeiten. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Abwanderung, welche die Herbeibringung der Ernte bedroht, im öffentlichen Interesse nicht wünschenswert ist. Ganz zweifellos ist für den Ertrag der Bekanntmachung nur die erste Sorge um die Herbeibringung der Ernte bestimmend gewesen. Es muß aber zugegeben werden, daß die Fassung der angegriffenen Bekanntmachung nicht glücklich ist und die kommende Bitte an die gewerblichen Arbeitgeber, aus der Landwirtschaft kommende Arbeiter nicht einzustellen, besser unterblieben wäre. Ich habe den Landrat ersprechend verständigt und darf zum Schluß bemerken, daß ich auch den Landrat in Bilschowsburg, dessen gleichlautende Veröffentlichung im Ucker Landratsamt als Muster gedient hatte, in gleichem Sinne mit Bescheid versehen habe.

Dieser Bescheid stellt einen Erfolg des Deutschen Landarbeiter-Verbandes dar. Der Regierungspräsident in

Sonntägliche Wanderziele.

Hinaus in die Havellandschaft!

Werder, den Mittelpunkt der Märkischen Oststammer, wählen wir zum Ausgangspunkt unserer Wanderung zur Havel und zum Havelland. Wir gelangen dorthin mit den Vorortzügen der Potsdamer Stammbahn, oder mit der Wanneseebahn, oder von den Bahnhöfen der Stadtbahn, hierbei jedoch in Potsdam umsteigen. Die Oststadt Werder mit den von Obstbäumen bedeckten Höhen sehen wir, sobald der Zug an den Bergen des Wildparks vorüber ist. Leber die Luchswiesen und die breite Havel hinweg grüßt uns die Oststammer Berlins. Wir wandern vom Bahnhof nicht in die Stadt, sondern überschreiten auf der Chaussee nach Phöben die Bahnsteife. Sie führt anfangs neben der Bahn in nordwestlicher, sodann von der Bahn fort in nördlicher Richtung durch Ausbauten von Werder zum Wald. Nach Verlassen des Waldes sehen wir rechts über Acker und Wiesen zum Kleinen Zernsee, der von der Havel durchflossen wird. Das Landschaftsbild ist abwechslungsreich. Aus der Niederung erheben sich Bergtuppen, die meist bemaldet sind. So liegen südlich von Phöben, den Anblick des Dorfes verdeckend, der 84 Meter hohe Wachtelberg und der 80 Meter hohe Haalberg, die die Phöbener Heide tragen. Die Kuppen steigen auf 50 Meter über den Spiegel der Havel auf. In der Ferne sehen wir den Göher Berg vor Brandenburg, von einem Vermessungsgerüst gekrönt. Insektartig rogen die Bege aus der Havelbene empor. Zwischen der Hochfläche der Zauche im Süden und der von Döberitz und Nauen im Norden schließt sich von Westen, aus der Gegend von Rathenow und Brandenburg her, eine weite Niederung bis in die Gegend von Potsdam ein, die nach den erdgeschichtlichen Forschungsergebnissen am Ende der Eiszeit ein gewaltiger Stausee mit vielen Inseln, eben den Bergtuppen, war. Dieses Tal wird heute von der Havel durchflossen; jedoch nahm der Fluß ursprünglich seinen Lauf wahrscheinlich durch das alte Berliner Urstromtal, das sich westlich von Sponbau zur Elbe erstreckende Havelloch, in dem die Spree, mit der Havel vereinigt, in ihrer bis Sponbau eingehaltenen Richtung weiterfließt. Erst später gelang der Durchbruch bei Sponbau in das Tal der heutigen Havelniederung.

Phöben.

Wir haben Phöben erreicht, das sich auf dem schmalen Meeresspiegel zwischen Wachtelberg und Havel aufbaut. Phöben ist eine alte Fischeriedlung. Urkundlich wird es zuerst 1313 als „Benben“ erwähnt, jedoch ist anzunehmen, daß es schon lange Zeit vorher bestand. 1343 wurde „Benben by der Havel gelegen“ dem Kloster Behnin zugeeignet. In den klostertlichen Hofmeister in Köplich, auf dem gegenüberliegenden Havelufer gelegen, mußten Erbsenflöße, in der Fastenzeit täglich, sonst viermal in der Woche, geliefert werden, ebenso Bachs und Stör, die „Herrnsische“. Nördlich von Phöben, im Phöbener Bruch, liegt eine Stenoleigrube, die jetzt leider „erloschen“ ist. Hier wurde der Ton abgebaut, der sich in dem Boden des Stauses am Ende der Eiszeit abgelagert hatte. Dieser Ton erreicht eine Mächtigkeit bis zu 10 Meter. Er nimmt weite Flächen des ehemaligen Seegrundes ein und bildete die Ursache für die reiche Ziegelindustrie des Havellandes zwischen Phöben, Kehn und Rathenow. In diesen Tonen eingeklopften findet sich allerlei „Urgestein“, Gesteine und Tierknochen sowie Muschelschalen und Schneckengehäuse. Diese Reste gehören Tieren an, die jetzt in polnischen Ländern leben. Sie zeigen uns, daß in jener Zeit ein arktisches Klima hier geherrscht haben muß, wie es am Ende der Eiszeit auch nicht verwunderlich ist. Der hauptsächlichste Vertreter war das Renn. Außerdem fand man Geräte aus Reimgeweiß, von Menschenhand angefertigt. Die Feinheit und Zierlichkeit der Arbeit lassen auf eine ziemlich entwickelte Kunstfertigkeit schließen, wie sie bei den Eiszeitmenschen Südfrankreichs zu finden ist. Als der Eismantel sich nach Norden zurückzog, wanderte das Rennier, und mit ihm der Mensch, in das vom Eise befreite Gebiet. Es sind auch Geräte und Werkzeuge gefunden worden, zu denen man die Geweiße von Rothirsch und Elch verwannte, also von Tieren, die wärmeliebender als das Renn sind. Der Mensch, der nun im

Wald blieb, während das Renn dem Eishauch weiter nach Norden folgte, fand Ersatz an den neu zugewanderten Tierarten. — Auf einer nördlich von Phöben in die Havel vorspringenden, ihre Umgebung und den Wasserspiegel etwa 5 Meter überragenden Halbinsel, befand sich ein vorgeschichtlicher Burgwall, der leider abgetragen wurde; er enthielt Siedlungspuren. Die Halbinsel heißt Räuberberg; hier soll der Sogge nach ein Schloß gestanden haben, in dem die Räuber hausten.

Nach Krielow.

Von der Kirche in Phöben wandern wir nach Westen zum Dorf hinaus. Linker Hand steigt der Haalberg an, um den herum wir nach Süden wandern. Bei dem Dorf Remniz, das am Nordufer des großen Blesower Sees liegt, überschreiten wir die Magdeburger Bahn und bald darauf den Torjgraben, der den Großen Blesower See zur Havel entwässert, wobei er seinen Weg



Bei Phöben a. d. Havel.

durch die Niederung westlich des Haalberges nimmt. Von der Torjgrabenbrücke wenden wir uns rechts. Am Fuß des bis 32 Meter über die Niederung aufragenden Krielow Berges führt der Weg hin. Der Berg ist bewaldet. Sein westlicher Ausläufer ist der die Niederung um 11 Meter überragende Spitze Berg, dessen Sandmassen abgesehrt werden. Als scharfer Grat ist der aus leuchtend weißem Sand bestehende Rücken des Berges stehen geblieben. Wir überschreiten die Bahn wieder und sind nun in Krielow, das in einer sumpfigen Niederung liegt, die sich nördlich bis zu dem von der Havel durchflossenen Trebelsee westlich von Kehn erstreckt. Viele Häuser des freundlichen Dörfchens zeigen alte Giebelverzierungen. Inmitten der Niederung, etwas nördlich von Krielow, jedoch unmittelbar beim Dorf, liegt ein vorgeschichtlicher Burgwall. Obwohl wesentlich jünger als die im Havelland gefundenen Geräte vom Rennierjäger, erzählt

auch er uns aus der Geschichte längst vergangener Tage. Wir sehen hieraus auch, daß das havelländische Gebiet in vorgeschichtlichen Zeiten durchaus nicht spärlich besiedelt gewesen sein kann, sondern daß eine verhältnismäßig zahlreiche Bevölkerung hier bereits sesshaft gewesen sein muß.

Wir verlassen Krielow in westlicher Richtung und haben bald den Bahnhof Groß-Kreutz erreicht. Von hier treten wir die Heimfahrt an; um Fahrgehd zu sparen, benutzen wir den Fernzug nur bis Werder und von da den Vorortzug. Weglänge etwa 16 Kilometer.

Der Probst und die Reichsflagge.

Die alten Dokumente sind geprüft . . .

In dem Prozeß, den das Bezirksamt Mitte namens der Stadt gegen den Probst von Berlin, Superintendent D. Haendler und die Gemeindevorstände von St. Marien und St. Nicolai angestrengt hatte, weil sich der Probst gegen die Hissung der Reichsfarben anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten gemehrt hatte, scheint jetzt vor der Entscheidung zu stehen.

Bei der letzten Verhandlung vor dem Landgericht I war bekanntlich von dem Rechtsbeistand des Probstes, Justizrat Dr. Willy Hahn, durch Vorlegung zahlreichen Materials aus den Kirchenakten und dem Stadtarchiv, die bis in das 17. Jahrhundert zurückreichen, der Beweis dafür zu erbringen versucht worden, daß auf Grund der rechtlichen Entwicklung und der Stellung des Probstes diesen ein völliges Kupungs- und Nießbrauchsrecht an dem Probststeigebäude zustiehe, obwohl dies unbefristetes Eigentum der Stadt sei. Dies war durch zahlreiche historische und äußerst interessante Dokumente aus den Stadt- und Kirchenarchiven erhärtet worden, und es wurde vom Verteidiger des Probstes daraus gefolgert, daß der Probst allein darüber zu entscheiden habe, welche Flagge man hissen werde, eine Frage, die durch die Schaffung einer besonderen Kirchenfahne durch die Synode als dem Selbstverwaltungskörper der Evangelischen Kirche gelöst sei. Obwohl der Vertreter des Bezirksamtes, Rechtsanwalt Dr. Lindner, in der Verhandlung erklärt hatte, daß es auf alle diese Akten überhaupt nicht ankomme, da die Stadt als Eigentümer des Gebäudes grundbuchlich eingetragen sei, gab das Gericht der Klägerin eine Frist, um zu dem großen Urkundenmaterial Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme ist inzwischen erfolgt und zwar hat sich das Bezirksamt auf den bisher vertretenen Standpunkt gestellt, daß auch das herangezogene Urkundenmaterial nicht seine Auffassung erschüttern könne, daß die Stadt als Eigentümer des Probststeigebäudes die Hissung der Reichsflagge neben der der Kirchenflagge verlangen könne und daß man ihr auch das Recht zugestehen müsse, an der Fassade des Gebäudes bei besonderen festlichen Gelegenheiten Schindl sowie Fahnenstangen anbringen zu lassen. Das Gericht hat jetzt einen neuen Termin anberaumt, der Mitte des Monats stattfindet, und in dem höchstwahrscheinlich die Entscheidung über den interessanten Rechtsstreit gefällt werden wird.

Der Totschlag an der Aufwarterfrau.

Anklageerhebung gegen Erna Anthon.

Gegen die Kontoristin Erna Anthon, die im März die Aufwarterfrau Schüler erschossen hat, ist jetzt Anklage wegen Totschlags erhoben worden. Die Ermordete hatte von galanten Beziehungen der Angeklagten Kenntnis erhalten und soll diese zu Erpressungen ausgenutzt haben. Die Anthon will aus Furcht, durch Indiskretionen der Frau Schüler ihre Stellung verlieren zu können, die furchtbare Tat begangen haben. Da sich bei der Mörderin gewisse Anormalitäten ergeben haben, verneint die Anklage die klare Ueberlegung bei der Ausführung der Tat und lautet deshalb nicht auf Mord. Die Verhandlung findet am 3. Oktober vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Leitung des neuernannten Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Fielich statt.

Sperrung der Aous. Infolge des am Sonntag, dem 16. September, auf der Aous stattfindenden Motorradrennens des Deutschen Motorradfahrer-Verbandes wird die Aous für sämtliche Kraftfahrzeuge, mit Ausnahme der Rennfahrzeuge, am Freitag, dem 14. September, von 10.45 bis 16 Uhr, und am Sonntag, dem 16. September, von 11 bis 18 1/2 Uhr gesperrt.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersetzt von R. Hauser.)

Gypo sagte: „Was ist los mit dir, Katie? Was hast du da gesagt, ich wär' ein Gespenst?“ Er flüsterte heiser und mürrisch. „Guter Gott!“ rief Katie aus. Sie nahm ihre Hände vom Hals herunter und verschränkte sie hinter dem Rücken, mit einer Bewegung, als ob sie etwas, das man ihr angeboten habe, ablehne. Dann schob sie in großer Hast zum Feuer. Sie lehnte sich mit dem Rücken an die Wand rechts vom Feuer und starrte Gypo an. Sie machte ihm ein Zeichen mit dem Kopf und flüsterte: „Rach' doch die Tür zu. Rach' die Tür zu und komm 'rein.“ Gypo wandte sich stumm zur Tür und fing an, den zerfissenen Strick zusammenzuknoten, um sie wieder zu befestigen. Sie flüsterte: „Wo bist du gewesen? O Gott! Du hast mir kreuzweise das Herz umgedreht.“ Gypo band die Tür fest und ging langsam und bedächtig zum Fensterplatz. Er stand still, warf einen Blick auf die alte Frau und sah dann mit offenem Mund Katie an. Er murmelte schaudernd: „Sie sind hinter mir her, Katie.“ Es herrschte Schweigen. Gypo schauderte wieder und setzte sich vor das Feuer hin. Er sah auf der Erde, stützte die Ellbogen auf die Knie und streckte die Hände gegen die Wand aus. Katie sah ihn mit glänzenden Augen an. Sie stand regungslos gegen die Wand gelehnt. Ihr Gesicht war unter ihrem verborgenen roten Hut sehr weiß gemorden. Ihre Augen glänzten. Ihre Oberlippe zog sich gekräuselt zusammen. Die alte Frau im Bett blühte von Gypo zu Katie und von Katie zu Gypo. Ihre Augen tanzten vor Vergnügen. Schließlich sagte Katie: „Wozu sprichst du?“ Ohne sie anzusehen, murmelte er: „Die Organisation ist

hinter mir her. Kommandant Gallagher will mich totschießen. Ich bin aus der Zelle in Bogen Hale geflohen.“ „Warum wollen sie dich totschießen? Um Gottes willen, warum wollen sie dich totschießen?“ Katie Jox' Stimme war kalt und leidenschaftlos, aber Gypo bemerkte es nicht. Auf ihren Lippen war ein dünnes, sonderbares Lächeln, aber Gypo sah ihr Gesicht nicht an. In ihren Augen war ein Blitzen, während sie sprach, aber Gypo hatte es nicht gesehen. Er starrte träumerisch ins Feuer. Er war erschöpft und schläfrig. Es hatte keinen Zweck, noch weiter auf der Hut zu sein. Er war müde, müde, müde. Müde und schläfrig. Was für einen Sinn hatte es, noch länger auf der Hut zu sein? Schlaf, Schlaf, Schlaf. Dann wollte er geradenwegs nach Süden gehen. Mit dem Wind würde er nach Süden eilen über alle Hindernisse fort. Schlaf, Schlaf, Schlaf. Er murmelte: „Das ist gleich, warum sie hinter mir her sind.“ Wieder herrschte Schweigen. Schlaf, Schlaf, Schlaf. Er murmelte schwer: „Sie wollen mich aus dem Weg schaffen. Aber sie werden mich nicht kriegen. Katie, ich werde hier über Nacht schlafen. Ich werde bis morgen nacht bleiben. Dann gehe ich nach Süden. Hier ist alles Geld, das ich habe.“ Er wühlte in seinen Hosentaschen und brachte auf der flachen Hand vier Schillinge und Sippence zum Vorschein. Er reichte es ihr. Sie näherte sich und streckte mit einer zögernden Bewegung die rechte Hand danach aus. Das alte Weib versuchte sich aufzusehen und freischte aus dem Bett: „Gib mir das Geld. Gib mir das Geld.“ Sie half zu ihr wendend, brummte Gypo über die Schulter: „Halt's Maul, Louisa. Halt's Maul oder ich schlag' dich zu Brei.“ Grinsend fiel die alte Frau zurück. Dann griff sie nach einem Stock, der neben ihr im Bett lag. Sie schüttelte den Stock gegen Katie Jox. Sie jammerte mit dünner, geborstener Stimme: „Sie raubt mich aus, sie raubt mich aus.“ Gypo sagte: „Ich werde hier auf der Erde schlafen,

Katie. He, Katie. Ich werde hier vor dem Feuer schlafen. Katie, was ist los mit dir? Warum red'st du nicht mit mir?“ Katie brach in Lachen aus. Nachdem sie das Geld bekommen hatte, hatte sie sich links vom Feuer auf einen niedrigen Schemel gesetzt. Jetzt sprang sie auf die Füße und lachte. Es war ein sonderbares, trockenes Lachen. In ihren Augen war ein träumerischer Ausdruck. In Gedanken verloren blickte sie zu Boden. Gypo grollte: „Bist du betrunken oder was ist mit dir los?“ Noch immer zu Boden blickend, murmelte Katie verträumt: „Gar nichts ist los mit mir.“ Dann holte sie tief Atem und schüttelte sich. Sie wurde wieder lebendig und energisch, vollkommen wach mit durchdringenden Augen. Sie begann mit erstaunlicher Schnelligkeit zu sprechen und kreuzte die Arme über der Brust. Mit einer lauten, fröhlichen Stimme sagte sie: „Aber sicher, Gypo, du kannst hier schlafen bis zum jüngsten Gericht, wenn du Lust hast. Connemara Maggie hat mir's ja erzählt, wie Bartly Mulholland gekommen ist, dich zu holen. Sie kam zu Biddy Bruke 'rein, betrunken wie'n Lord, und kam dann 'raus mit der Geschichte, wie Bartly dir 'nen Revolver vor den Kopf gehalten hat und dich dann vor sich her auf die Straße trieb.“ Gypo richtete sich etwas auf: „Du lügst!“ grollte er. „Kann sein, daß sie das nicht genau so gesagt hat, aber —“ „Hat sie dir das Pfund gegeben, das sie dir von mir geben sollte?“ „Ein Pfund? Hast du ihr ein Pfund für mich gegeben? Na, so ein Lügenpad! So eine Räuberhand! Oh, diese dreckige Brut von podennarbigem Flischneidern! Die nimmt den gekochten Kuchen! Wenn du die Wahrheit wissen willst: zehn Schilling hat sie mir gegeben, und um die mußte ich noch kämpfen. Ich will ja nichts sagen über Dinge, über die ich 'ne ganze Masse sagen könnte, aber —“ „Oh, hör auf mit dem Schwätz!“ — Gypo grollte und tastete mit der Hand hinter sich nach dem Boden. „Ich bin nicht in der Laune für dein Gesabbel, Katie.“ (Fortsetzung folgt.)

Bauausstellung Berlin 1930.

Organisation auf neuer Grundlage.

Erweiterter Bezirksvorstand.
 Heute abend, 18 Uhr, Sitzung im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3.

1. Kreis Friedrichshagen. Sonntag, 18. September, veranstaltet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Friedrichshagen in Friedrichshagen, Neues Volksgarten, ein Sommerfest. Anfang 18 Uhr. Eintritt 30 Pf. Kinder frei. Spezialitäten, Theater und Tanz. Die Parteimitglieder werden gebeten, das Sommerfest recht zahlreich zu besuchen.
2. Kreis Charlottenburg und Spandau. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
3. Kreis Wilmersdorf. Führung durch die Alleen Winkel Berlin! Unter Leitung des Schriftführers Georg Pambauer findet am Sonntag, 18. September, eine Führung durch das Viertel Berlin statt. Treffpunkt Spittelmarkt. Ausgang Untergrundbahnhof, rufmässig 10 1/2 Uhr. Treffnahme 10 1/2 Uhr. Führung durch die Alleen Winkel Berlin! Unter Leitung des Schriftführers Georg Pambauer findet am Sonntag, 18. September, eine Führung durch das Viertel Berlin statt. Treffpunkt Spittelmarkt. Ausgang Untergrundbahnhof, rufmässig 10 1/2 Uhr. Treffnahme 10 1/2 Uhr. Führung durch die Alleen Winkel Berlin! Unter Leitung des Schriftführers Georg Pambauer findet am Sonntag, 18. September, eine Führung durch das Viertel Berlin statt. Treffpunkt Spittelmarkt. Ausgang Untergrundbahnhof, rufmässig 10 1/2 Uhr. Treffnahme 10 1/2 Uhr.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
5. Kreis Mitte. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
6. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
7. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
8. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
9. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
10. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
11. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
12. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
13. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
14. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
15. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
16. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
17. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
18. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
19. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
20. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
21. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
22. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
23. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
24. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
25. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
26. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
27. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
28. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
29. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
30. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
31. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
32. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
33. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
34. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
35. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
36. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
37. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
38. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
39. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
40. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
41. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
42. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
43. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
44. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
45. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
46. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
47. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
48. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
49. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
50. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
51. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
52. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
53. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
54. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
55. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
56. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
57. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
58. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
59. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
60. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
61. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
62. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
63. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
64. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
65. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
66. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
67. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
68. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
69. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
70. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
71. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
72. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
73. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
74. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
75. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
76. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
77. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
78. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
79. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
80. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
81. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
82. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
83. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
84. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
85. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
86. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
87. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
88. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
89. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
90. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
91. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
92. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
93. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
94. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
95. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
96. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
97. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
98. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
99. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.
100. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 18. September, 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegentlich zum Rhythmusfest.

Eine Tagung des Deutschen Ausstellungs- und Messeamtes am 14. September 1928 gab dem Vorsitzenden des Vereins Bauausstellung, Baurat Dr. Kleperl, Veranlassung, sich vor einer großen Zahl von Wirtschaftsvertretern zu dem Plan der Deutschen Bauausstellung Berlin 1930 zu äußern.

In Verfolg der in letzter Zeit geführten Verhandlungen haben der Verein Bauausstellung und die Stadt Berlin den Weg gefunden, auf dem der Plan der Bauwirtschaft in Berlin eine Deutsche Bauausstellung zu veranstalten, verwirklicht werden kann. Nach einer in den letzten Tagen mit dem Arbeitsausschuss des Aufsichtsrates des städtischen Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes erzielten Verständigung soll die Deutsche Bauausstellung Berlin 1930 gemeinsam vom Verein Bauausstellung und der Stadt Berlin in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Oktober 1930 veranstaltet werden, um alsdann, wiederum von den beiden Veranstaltern gemeinsam, in ihrem Kernbestand, dem Bau- und Wertplatz, als Dauerbauausstellung weitergeführt zu werden, über deren Umfang und Dauer ein vom Verein und Aufsichtsrat des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes paritätisch zusammengefügter Verwaltungsrat entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen entscheidet. Die Deutsche Bauausstellung, die einen Überblick über alle Zweige des Bauwesens geben soll, wird auf dem gesamten großen Gelände in Wilmersdorf, das sich von den beiden Funhallen bis zur Eridung Heerstraße erstreckt, veranstaltet. Der Ausstellungsplan will die Verwirklichung des Ausstellungsziels in der Erfüllung bedeutungsvoller Bauaufgaben suchen, die als Zweckanlage über die Zeit der Ausstellung hinaus praktische Verwendung finden werden.

bringen, daß den Ausstellungsbesuchern dort das Großsiedlungsweien in allen Phasen des Bauvorganges praktisch vorgeführt werden kann.

Durch die in der neuen Vereinbarung vorgesehene Zusammenarbeit zwischen Verein und Stadt wird weiter die Erschließung des Zwischengeländes zwischen Funkturm und Bau- und Wertplatz (nach einem neuen, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden, wesentlich eingeschränkten Wagner-Voczigischen Bebauungsplan) ermöglicht; dieser umfaßt unter Befassung der Sportanlagen nur noch das Gelände zwischen ehemaligem Bahneinschnitt und neuer Verbindungsstraße zwischen Reichstanzlerplatz und Neuer Kanstraße. Hierdurch wird nicht nur ein wirksames Ausstellungsobjekt der Bauausstellung in Form einer großzügigen Gartenanlage mit Wasserfontänen und dazugehörigen Zweckanlagen, sondern über die Ausstellung hinaus der für die endgültige Erschließung des Zwischengeländes längst als notwendig erkannte, nach den Forderungen moderner Gartenbaukunst gestaltete Volkserholungsplatz geschaffen. Durch die Mitbenutzung des anschließenden Funkturmgebiets und der beiden Funhallen wird die Schöpfung allzu umfangreicher neuer Hallenbauten im Interesse möglichst sparsamer Finanzierung vermieden. Die beiden Autobahnen sollen für die Aufnahme wechselnder Ergänzungsausstellungen, wie eine Städtebauausstellung aus Anlaß des in der Reichshauptstadt folgenden Internationalen Städtebaukongresses 1930 und voraussichtlich auch einer auf das Hochgebiet der gleichfalls im Jahre 1930 in Berlin stattfindenden Weltkongressen sich erstreckenden Sonderausstellung und nicht zuletzt zur Durchführung der in die Ausstellungszeit fallenden, periodisch wiederkehrenden Berliner Fachausstellungen sonstiger Wirtschaftsgebiete reserviert bleiben. Die geländemäßige Ausdehnung der Ausstellung über das Zwischengelände hinaus, sowie dessen Ausbau für die allgemeinen Ausstellungsziele und sonstige öffentliche Zwecke der Stadt Berlin, ferner die Mitbenutzung bestehender Ausstellungshallen lassen es zweckmäßig erscheinen, dem Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin, auf dessen Rechnung als Wirtschaftsträger alle Einnahmen und Ausgaben der Ausstellung gehen, die Geschäftsführung der Ausstellung zu übertragen. Die geistige Führung der Ausstellung in Planung und Gestaltung obliegt einem Verwaltungsrat, der paritätisch vom Verein Bauausstellung und dem Aufsichtsrat des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes der Stadt Berlin gebildet wird.

Die eigentliche Fachausstellung der Bauwirtschaft gruppiert sich mit ihren Hallen und sonstigen Einrichtungen um einen großen Wert- und Hauptplatz, der in Verbindung mit wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsinstituten zu einer ständigen Pflanzstätte produktiven Bauens entwickelt werden soll. Im unmittelbaren Anschluß an das Ausstellungsgelände wird eine größere Wohnsiedlung errichtet werden, die in Musterbauten die heutige Entwicklung neuer Wohnbauweisen zeigt. Sie wird mit vollständiger Inneneinrichtung versehen und soll nach Schluß der Ausstellung 1930 für praktische Wohnzwecke Verwendung finden. Der Reichsforschungsgesellschaft und den mit ihr in der Dauerbauausstellung zusammenwirkenden wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften soll sie als Versuchssiedlung dienen, wie denn überhaupt die Ziele der Ausstellung mit den Aufgaben der Reichsforschungsgesellschaft auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens aufs engste zusammenhängen und sie aufs nachdrücklichste zu fördern geeignet sind. Demgemäß ist auch in Aussicht genommen, eine Großsiedlung, die unter der Führung der Reichsforschungsgesellschaft nicht allzumeit von dem Ausstellungsgelände errichtet werden soll, durch besondere Verkehrs- und sonstige Maßnahmen so mit der Ausstellung in Verbindung zu

Nach der Verabschiedung durch den Aufsichtsrat des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes der Stadt Berlin einerseits und der Mitgliederversammlung des Vereins Bauausstellung andererseits, wird die neue Vereinbarung gleichzeitig mit einem ausgearbeiteten Finanzierungsplan, in dem insbesondere die neuerdings für die Erschließung des sogenannten Zwischengeländes erforderlichen zusätzlichen Kosten ausgewiesen sind, dem Magistrat und alsdann der Stadterneuerungsversammlung zur beschleunigten Beschlussfassung zurgeleitet werden.

Freie, Sonnabend, 15. September.

Morgen, Sonntag, 16. September.

Jungsozialisten:

Gruppe Rosenthaler Str. Sonnabend, 15. September, Treffpunkt: Pankow 16 Uhr Hermannplatz, Pankow 17 Uhr Ringbahnhof Rosenthaler Str. Sonntag, 16. September, 13 Uhr Jugendheim Rosenthaler Str.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Sonnabend 15. Uhr Vaternternehmung, Almoosch vom Köpenicker Park. Sonntag um 12 Uhr Beginn des Festtages im Schillerpark. Zur Beachtung des Festtages werden noch einige arbeitstägige Feste abgeändert. Treffpunkt um 9 Uhr Schillerpark.

Freie Wilmersdorf: Wir treffen uns zum Vaternternehmung um 17 1/2 Uhr am Schwarzen Meer. Am Sonntag treffen wir uns um 11 Uhr auch am Schwarzen Meer.

Freie Mitte: Wir treffen uns heute zum Vaternternehmung um 15 1/2 Uhr an der Ecke Köpenicker und Köpenicker Str. Sonntag treffen wir uns um 12 Uhr an der Ecke, Ecke Köpenicker (Friedhof). Sonntag, 17. September, um 10 Uhr im Heim Pankow der Straße, Pankow, Treffpunkt mit der SAJ. Reizhaft: „Der Nisse bei Wilmersdorf“.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Freie Prenzlauer Berg: Treffpunkt am Sonntag 17 1/2 Uhr am Ringplatz. Treffpunkt für die Rundfahrt im Schillerpark am Sonntag um 10 1/2 Uhr am Ringplatz. Die Eltern sind willkommen. Treffpunkt: Sonnabend, 15. September, Treffpunkt zum Festtag 17 1/2 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße, Pankow. Sonntag, 16. September, Treffpunkt zum Vaternternehmung 11 Uhr Dorf, Ecke Berliner Straße. Die Eltern sind zu beiden Veranstaltungen freundlich eingeladen.



DIE FEINEN PFLANZENÖLE -
 Ein bedeutender Faktor unserer Wirtschaft ist die Gewinnung der feinen Öle aus den bekannten tropischen Früchten. Die Rama-Werke decken ihren Bedarf ausschließlich aus eigenen Ölmühlen, den modernsten Großbetrieben dieser Art. Die dort mittels gewaltiger hydraulischer Pressen gewonnenen Öle werden durch wiederholtes Filtern von den letzten kleinen Pflanzenteilen befreit und mehrfacher Läuterung unterworfen, bis das in jedem Haushalt geschätzte feine Tafelöl in kristallklarer Reinheit sich darbietet. Ihm verdankt die Margarine VERA den reichen Nährwert und den hohen Grad der Bekömmlichkeit.

M A R G A R I N E

Wie die Reichsbahn abschreibt.

Zur Verteuerung der Frachten und des Personenverkehrs.

„Bedeutet doch 250 Millionen Mark Tarifierhöhung nicht mehr als 1 Pfennig Lohnerhöhung für die Arbeitsstunde aller Industriearbeiter.“ (Aus der Zeitschrift der Deutschen Reichsbahngesellschaft zum Antrag auf Tarifierhöhung.)

In seinem jüngsten Jahresbericht hat der von der Reparationskommission eingesetzte Reichsbahnkommissar Lerner erklärt, daß es zweckmäßiger sei, eine Vermehrung der Reichsbahneinnahmen in einer wirtschaftlich günstigen Zeit vorzunehmen, als damit bis zum Abflauen der Konjunktur zu warten. Der Direktor der Dresdener Bank, Dr. Frisch, und der Braunkohlenindustrielle Silberberg, die als Beisitzer des Reichsbahngerichtes das deutsche Volk am 24. August zur Uebernahme einer Tarifierhöhung von 250 Millionen Mark verurteilt haben, müssen also der Auffassung Lerner's sein — sonst hätten sie anders zu entscheiden! Die beiden Herren zogen auf ihre Art die Konsequenz aus der guten Konjunktur. Bestätigend wirkt für diese Annahme, daß das zu einer Zeit geschieht, da das Institut für Konjunkturforschung in seinem eben erschienenen jüngsten Vierteljahresbericht nicht mehr auszusprechen wagt, was es über die Konjunktur denkt. Es verzichtet auf die bisher viel geliebte Prognose und registriert nur, weil seine düsteren konjunkturpolitischen Prophezeiungen sich bisher nicht bewahrheitet haben.

Alle Interessenten versuchen seit einem halben Jahre die Meinung aufrechtzuerhalten und zu verstärken, daß wir uns in absteigender Konjunktur befinden, sie handeln dabei in ihrer Preispolitik — wie auch das Urteil des Reichsbahngerichtes zeigte, denn nach so, daß man ihren Entschlüssen das Bewußtsein der sicheren Geschäftslage anseht.

Eine andere Frage ist, wie die Tarifierhöhung begründet wird, ob sie überhaupt notwendig war und wie sie auf die Konjunktur wirken wird.

Nach der Auffassung des Reichsbahngerichtes, die hundertprozentig mit der des privatindustriell orientierten Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft übereinstimmt, reichen die Einnahmen der Reichsbahn nicht mehr zur Deckung der notwendigen Ausgaben aus. Es werden bei 5,1 Milliarden Mark Einnahmen und 4,4 Milliarden Mark Ausgaben für das Jahr 1928 genau 1100 Millionen Mark als kaufmännisch notwendige Abschreibungen bezeichnet.

Die Abschreibungen von 1100 Millionen Mark

Legen sich zusammen aus Erneuerungen (660 Millionen Mark), aus Abschreibungen auf Betriebsrecht-Anteilbeteiligung (113 Millionen Mark), aus Abschreibungen auf das Gesamtunternehmen einschließlich Abschreibungen von Anlagevermögen (327 Millionen Mark).

Zu dieser riesenhaften Abschreibungssumme erklärte das Eisenbahngericht, daß es sie anerkenne unter der Voraussetzung, daß in späteren Jahren diese jährliche Abschreibungssumme „merklich erhöht werde“!

Es ist selbstverständlich, daß ein Betrieb, sei er auch ein öffentliches Unternehmen und habe er ein Monopol, aus seinen Einnahmen alljährlich soviel abschreibt, daß das investierte Kapital in seinem Werte erhalten bleibt. Wie sieht es nun mit dem Kapital der Deutschen Reichsbahngesellschaft aus? Im Zusammenhang mit dem Dames-Gutachten ist das „Betriebsrecht“ der Eisenbahn mit dem Betrage bewertet, der den gesetzlichen Verpflichtungen der Reichsbahngesellschaft entspricht, also mit 13 Milliarden Stammaktien, 11 Milliarden Reparationsschuldverschreibungen und 500 Millionen Mark Vorkaufaktien. Dem Wert des Betriebsrechtes von 24,5 Milliarden Mark sind die den Stammaktien entsprechenden 13 Milliarden Reichsmark nicht abzuschreiben, weil sie keinen Kapitalanspruch verkörpern und für ihre Einziehung keine Rücklage gebildet werden darf (§ 25, Abs. 2 Ziffer 4c der Gesellschaftsstatute)!

Privatkapital rüstet auf.

Eine Präsidialsituation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Wir hatten recht, als wir die Reden und Entschlüsse auf dem Allgemeinen Deutschen Bankertag in Köln als wirtschaftspolitische Kundgebung des deutschen Privatkapitals überhaupt bezeichneten, deren Kampfscharakter gegen die Arbeiterschaft unabweisbar sei. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat vorgestern geäußert, das Kommuniqué von dieser Tagung läßt erkennen, daß die Kölner Forderungen der deutschen Bankiers vom Reichsverband der Deutschen Industrie aufgenommen worden sind.

Insbesondere gilt das für die Feststellung der weitgehenden Übereinstimmung zwischen den von Dr. Schacht in Köln vertretenen Auffassungen, wobei der Reichsverband der Deutschen Industrie mit Befriedigung feststellt, daß auch nach der Auffassung des Reichsbankpräsidenten der oberste Gesichtspunkt der Wirtschaft- und Finanzpolitik die Notwendigkeit der Neubildung von Eigenkapital in der deutschen Wirtschaft sei. Was das für die Wirtschafts- und Finanzpolitik bedeutet, liegt auf der Hand. In Übereinstimmung mit der Auffassung des Bankertages werden trotz des Defizits im Reichshaushalt Steuererleichterungen für den Besitz gefordert, die neue Reparationsbelastung des Reichshaushaltes soll auf die Massen abgewälzt werden. Mit diesen Tendenzen stimmt die Forderung von Dr. Brauweiler für die Beteinigung deutscher Arbeitgeberverbände überein, daß das Schlichtungswesen neu geregelt werden müsse. Die Beseitigung des Staatseinflusses im Schlichtungswesen und die Bereinigung des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums in einer Hand waren die Hauptforderungen der Kölner Bankiers. Der Reichsverband der Deutschen Industrie bläht in dasselbe Horn.

Auch dem auf dem Bankertag mit besonderer Schärfe proklamierten Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft hat der Reichsverband der Deutschen Industrie zugunsten der Banken noch Zugeständnisse gemacht. Die „behördliche“ Förderung der Einrichtung von Konten bei Kommunalbanken durch private Industrie soll bekämpft werden, obwohl es einer der bestmöglichen und wirksamsten Mittel der Privatbanken ist, durch Ausnutzung ihrer Kreditverhältnisse ihr Geschäft zu erweitern. Dem öffentlichen Auftraggeber soll eine entsprechende Förderung öffentlicher Banken verboten sein. Zweifellos Maß, Moral mit doppeltem Boden; aber das versteht sich bei den Herren vom deutschen Privatkapital von selbst.

Die Arbeiterschaft muß die Augen offen halten. Der Druck der Unternehmer auf die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik verstärkt sich zusehends, und die Gefahren wachsen.

Ueber diese bindende Bestimmung hat sich das Reichsbahngericht „frei von kameralistischen Erwägungen“ völlig hinweggesetzt, es verlangt nämlich 1100 Millionen Mark Gesamtabschreibung auf den Betriebsrechtsschwert von 24,5 Milliarden; das sind jährlich 4,5 Proz. Es wird also außer acht gelassen, nicht nur, daß die Stammaktien nach dem Eisenbahngesetz überhaupt nicht abschreibbar sind, es wird auch völlig mißachtet, daß die 13 Milliarden Stammaktien keinen Realwert, sondern einen Rechtsittel des Deutschen Reiches auf die Eisenbahn darstellen.

Werden nun die riesenhaften Abschreibungen in ihrer Beziehung zum realen Wert der Reichsbahn und nicht in Beziehung zu dem Buchungswerte des Betriebsrechtes betrachtet, dann ergibt sich, daß die Tarifierhöhung, die mit der notwendigen Vergrößerung der Abschreibungen begründet wird, im wesentlichen nichts anderes ist als die Finanzierung, größer gesagt, als die

Subvention der Lieferindustrien der Deutschen Reichsbahn.

Hier hat nach unserer Auffassung eine positive kritische Untersuchung einzusetzen. Jetzt ist das Beschaffungswesen der Reichsbahngesellschaft völlig privatkapitalistisch eingeebnet. Die Deffektivität erklärt nur etwas, wenn es Standale gibt. Es sei hier an die jüngst bekanntgewordenen Beschaffungsskandale, an die Vorgänge im Reichsbahn-Zentralamt, an den Rosenortener Korruptionsprozeß und an die niederdrückenden Ergebnisse der Ethik-Kommission erinnert.

Wir haben heute bei der Deutschen Reichsbahn etwa ebensoviel Beschäftigte wie 1913 (700 000 Köpfe). Die Betriebsleistung ist erstaunlich gestiegen. Dabei betragen die jährlichen Ausgaben für Bauten und Lieferungen, wie sie nach der Tarifierhöhung geplant sind, jetzt schon fast ebensoviel wie die persönlichen Ausgaben einschließlich der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge. Auch daraus geht hervor, daß die angeblich notwendigen 250 Millionen Mark, zumal wir nach wie vor ein günstiges Eisenbahngeschäft haben, auf anderem Wege eingebracht werden können, als dem der Tarifierhöhung.

Aber das ist nicht beraten und untersucht worden, weil bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft jetzt das vorgeht, was man vielleicht Abschreibung der Wirtschaftsdemokratie nennen kann. Es ist doch kein Zufall, daß sogar die sachlichen Industrielisten in ihrem Verbandsorgan die Reichsbahngesellschaft warnen, sie solle nicht weiterhin ihre Neuanlagen dauernd aus laufenden Mitteln bezahlen, weil dann über kurz oder lang die finanzielle Deckung ohnehin nicht ausreichen werde! Wir leben in einer Periode, da das Privatkapital dazu übergegangen ist, durch Abschreibungen sich nicht nur zu erneuern, sondern sich auch verlorene gegangene Gebiete ihrer selbstherrlichen Macht zurückzuerobieren. Darüber hinaus ist das Urteil des Reichsbahngerichtes aber auch der

Verfuch einer lohnpolitischen Einflussnahme.

Erklärt es doch ganz offen im dritten Teile der Begründung, daß die Tarifierhöhung der schwierigen Lage der Reichsbahn nur dann abhelfe, wenn sie nicht eine neue Bewegung auf Arbeitszeitkürzung oder auf Lohn- und Gehaltserhöhung auslöse!

Es wird also unterstellt, daß bei der Reichsbahn weder durch rationellere Betriebsführung noch durch Auftragsvergebung unter gemeinwirtschaftlicher Preiskontrolle irgendwelche Ersparnisse möglich seien. Dabei hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft erst noch im jüngsten Jahresbericht ihre Rationalisierungserfolge bewiesen und gelobt. Auf der anderen Seite muß man fragen, ob denn der Arbeiter die 25 Mark jährlicher Mehrlohn, die nach der eigenen Berechnung der Reichsbahngesellschaft die Tarifierhöhung mindestens ergibt, aus seiner eigenen Tasche tragen soll. Das ist ausgeschlossen.

Kurt Heinig.

Große Gewinne der Reichspost.

Wohin die Einnahmen aus der Gebührenerhöhung wandern

Die Hauptziffern des Abschlusses der Reichspost sind jetzt bereits, vor der offiziellen Veröffentlichung der Bilanz, bekannt geworden. Das Ergebnis des am 31. März beendeten Geschäftsjahres 1927/28 zeigt, wie berechtigt die Kritik der Gegner einer Postgebührenerhöhung im August war.

Die Reichspost hat nicht nur ihre Einnahmen um 360 Millionen auf 2,06 Milliarden steigern und ihren Reingewinn mit 253,6 Millionen Mark mehr als verdoppeln können, sondern sie hat außerdem einen Vermögenszuwachs von 183,2 gegen 55,8 Millionen im Vorjahr zu verzeichnen. Der Eindruck, den schon die Vierteljahrsausweise der Reichspost machten, bestätigt sich hiermit: Die Reichspost hat die Gebührenerhöhung dazu benutzt, den Ausbau ihrer werdenden Anlagen mit laufenden Betriebseinnahmen zu finanzieren.

Nicht man zu der Beurteilung der Reichsfinanzen noch die Vierteljahrsausweise heran, so ergibt sich für die elf Monate, August bis Juni, in denen die erhöhte Tarife sich auswirkten, eine Reineinnahme von 350 Millionen, während die Reichspost aus der Gebührenerhöhung für das ganze Jahr nur einen Reinertrag von 208 Millionen veranschlagte. Mangelnde Großzügigkeit läßt sich also der Reichspost beim besten Willen nicht vorwerfen. Wir werden noch Gelegenheit haben, nach der Veröffentlichung der Bilanz auf die volkswirtschaftlich schädliche Theaurierungspolitik der Reichspost näher einzugehen.

Neue große Kraftwerke.

Der wachsende Einfluß des Privatkapitals.

Die Kraftzeugungs- und Kraftverteilungswirtschaft war in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einer Domäne der öffentlichen Wirtschaft geworden. Der zur Mode gewordene Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft hat die Anstrengungen des Privatkapitals vervielfacht, in die elektrische Kraftwirtschaft wieder stärker einzudringen. Das geschieht mit Erfolg, wie Mitteilungen aus Baden über den Neubau großer Wasserkraftwerke im südlichen Baden erkennen lassen.

Der Badische Landtag hat der Errichtung der Schluchsee-Werk A. G. und der Rheintraisewerk Albrud-Donern A. G. zugestimmt. Das Aktienkapital der Schluchsee-Werk A. G. soll 15 Millionen Mark betragen, insgesamt soll eine Maschinenleistung von 200 000 Kilowatt und mit den vorgelegten Speichersanlagen eine Jahresleistung von 350 Millionen Kilowattstunden sichergestellt werden. Am Aktienkapital der Schluchsee-Werk A. G. sind zu gleichen Teilen das Badenwerk, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, mehrere württembergische Kraftwerke so-

wie die Kraftwerke Rheinischen und die Städte Freiburg, Karlsruhe und Laufenburg beteiligt.

Daß es sich hierbei um sehr große und wichtige Objekte handelt, ergibt sich nicht nur aus den Baukosten, die für beide Werke auf 85 Millionen Mark veranschlagt werden. Die Bedeutung der Werke liegt insbesondere in der Vervollständigung, die das badische Elektrizitätssystem in der Zukunft bei der Elektrifizierung der großen süddeutschen Eisenbahnlinien einnehmen wird. Das dürfte nicht zuletzt der Grund sein, weshalb auch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk sich über ein Viertel der Aktienkapitalien gesichert hat.

Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß hier in der Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebes privatkapitalistische Interessen in der deutschen Kraftwirtschaft ihren Einfluß wieder erweitern können. Hier zeigt sich protisch, was die Finanzpolitik für die Privatwirtschaft bedeutet, die der Reichsbahnpräsident Dr. Schacht über den Ländern und Gemeinden schwingt. Die Unzweckmäßigkeit und Ueberflüssigkeit der gemischtwirtschaftlichen Betriebsform steht seit dem Uebergang der öffentlichen Betriebe zur Bildung von rein öffentlichen, privatrechtlich organisierten Aktiengesellschaften außer Zweifel. Es hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, daß auch die neuen badischen Kraftgesellschaften etwa in Verbindung mit der vor wenigen Monaten gegründeten A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft rein öffentlich finanziert und auch organisiert worden wären, wenn nicht die finanziellen Schwierigkeiten, die öffentlichen Werken gemacht werden, im Wege gestanden hätten. Die Sozialdemokratische Partei im Badischen Landtag hat mit Recht bedauert, daß dieser Weg nicht beschritten worden ist.

Gegenüber dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, das in Baden seine Einflusssphäre wieder erweitert hat, muß die Forderung verstärkt werden, daß der über alle Gebühr ausgedehnte privatkapitalistische Einfluß in der Leitung entsprechend den tatsächlichen Beteiligungsverhältnissen zurückgedrängt wird und der öffentlichen Hand jener Einfluß gesichert wird, der ihr gebührt.

Eisenkonjunktur hält sich.

Seit April stabile Roheisenerzeugung.

Die Widerstandsfähigkeit der Eisenkonjunktur drückt sich deutlich in den monatlichen Ziffern der Roheisenerzeugung aus. In den letzten fünf Monaten von April bis August ist die Erzeugung, von unwesentlichen Schwankungen abgesehen, stabil geblieben. Im Monat August betrug sie nach den Mitteilungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 1 030 837 gegen 1 034 694 Tonnen im Monat Juli. Im August 1927 wurden 1,11 Mill. Tonnen erzeugt. Arbeitstäglich wurden in den Hochöfen 33 253 gegen 33 377 Tonnen erblasen. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres wurden insgesamt 6,83 gegen 6,78 Millionen Tonnen von Januar bis August 1927 erzeugt. Das ist ein bemerkenswert günstiges Ergebnis.

Auffschwung der Autoindustrie.

Wie der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie mitteilt, hat die deutsche Auto- und Motorradindustrie im Jahre 1928 einen außerordentlich starken Aufschwung zu verzeichnen. Die Erzeugung von Personenwagen ist um 36, der Absatz um 39 Proz. gestiegen, so daß auch von den Beständen verkauft werden konnte. Noch im Monat August wurde der Absatz des Vorjahres um mehr als ein Viertel überboten. Der Gesamtumsatz der Lastkraftwagenindustrie stieg um 45 Proz.; der Umsatz von Schneefahrgewagen wurde sogar verdoppelt. Am größten war der Aufschwung der Motorradindustrie. Ihr Umsatz ist ununterbrochen gestiegen; im August wurde der zwölffache Umsatz des Vorjahres von steuerfreien Kleinstfahrzeugen erreicht, was allerdings mit der Heraushebung der Steuerfreigrenze auf 200 Kubikzentimeter Inhalt einhergeht am 1. April zusammenhängt. Damit konnte der Umsatz von mittleren und schweren Motorrädern ebenfalls um 62 Proz. erhöht werden. Die Produktionssteigerung in der deutschen Kraftfahrzeugindustrie war größer als in irgendeinem anderen Lande.

Die Hiesige Schuhfirma Bata in Jlin hat durch eine einseitige Verfügung des Landgerichts I Berlin vom 3. September erreicht, daß das Buch von R. Philipp Thomas Bata, der unbekannte Diktator“ im deutschen Inland zunächst nicht weiter verbreitet werden darf. Der Antrag Batas auf Unterlassung der Verbreitung im Ausland wurde abgewiesen. Diese einseitige Verfügung bedeutet keine Stellungnahme eines deutschen Gerichts zum System Bata überhaupt, über das wir kürzlich ausführlich berichtet haben. — Die Berliner Vertretung der Firma Bata hat uns Material unterbreitet, mit dem sie unsere Darlegungen entgegenzutreten versucht. Nach genauer Prüfung des umfangreichen Materials und nach Einholung von Erkundigungen werden wir dazu Stellung nehmen.

Der Acht-Millionen-Zusammenbruch in der Metallindustrie. In Baden ist die Firma Liegens Eibam, ein Metallwalzwerk, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Wir haben im „Abend“ darüber schon kurz berichtet. Die Gläubiger setzen sich aus namhafter Unternehmen des Metallhandels und aus Bankierkreisen zusammen. Es sind u. a. beteiligt die Distonto-Gesellschaft, die Dresdener Bank, die Deutsche Bank, das Bankhaus Gebr. Arnold, die Commerzbank, die Sächsische Landesbank, von Metallgroßhändlern die Firma Schöner, Gotthold u. Co., die Frankfurter Metall-Gesellschaft, der Leuz-Stern-Konzern u. a. Die Bauhener Firma hat sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Kupfer- und Aluminiumwalzwerkprodukten beschäftigt und zu diesem Zweck größere Kredite in Metallrohkstoffen bei den Händlern in Anspruch genommen. Nach Ansicht von gut unterrichteten Firmen aus der Branche ist der Zusammenbruch hauptsächlich deswegen erfolgt, weil die Firma mit zu geringem eigenen Kapital arbeitete und in folgedessen die zur Verfügung stehenden Gelder zu sehr anspannt. Ueber den Stand der Schwierigkeiten und vor allen Dingen über die Sanierung ist noch nichts Genaueres zu erfahren. Die Prüfungen sind im Gange, sie werden aber erschwert, weil sich einer der Inhaber kurz vor dem Bekanntwerden der Insolvenz das Verbleibende hat. In Metallhändlerkreisen wird angeregt, die gesamten Schulden werden auf 7,7 Millionen Mark geschätzt, denen nur etwa 2,6 Millionen Mark Vermögen gegenübersteht. — Der Zusammenbruch hat großes Aufsehen in der Metallindustrie erregt, da die Firma als durchaus sicher galt. Die über 4 Millionen Bankkredite sind zum großen Teil nicht gedeckt — ein letzter Fall —, so daß große Verluste sicher sind.

Bezugsarten für Zigarettenhändler. Um den Zigarettenverkauf unter dem festgelegten Verkaufspreis zu verhindern, haben jetzt fast sämtliche Zigarettenfabriken mit allen maßgebenden Groß- und Kleinhandelsorganisationen vereinbart, daß sofort gegen die Verschleudern von Zigaretten vorgegangen werden soll. Zu diesem Zweck werden Bezugsarten ausgegeben und Preisrabatte nur an deren Inhaber gewährt. In Zukunft können daher alle anderen Händler nur noch zu Großhandelspreisen beziehen. Den Handelsorganisationen wird ferner das Recht eingeräumt, gegen die Verschleudern gerichtlich vorzugehen.

Amerikanischer Bilderbogen.

Bureau.

Sechs haben Kopfschmerzen — zwanzig Mädchen leiden am Kreuzweh der Stenotypistin — gestern abend haben ihre Beklesten sie gefühlt — Teufel — das Irrenhaus rattert weiter — die Schreibmaschinen klappern — niemand ahnt, wer krank ist — die Mädels haben Schind.

Den Bureauvorsteher interessiert es nicht — er stolziert auf und ob wie ein Präsident — die Briefe werden fertig — alles ist in Ordnung.

Und weil die Mädels Schind haben — scherzen sie in der Mittagspause — lehnen aus dem Fenster — essen Speiseeis — kofettieren mit den Waisen — blicken nieder auf die hundert Waisenfräulein, die dastehen wie Bureauvorsteher in pompösen Westen.

Sie sehen eine Million Siebtragennarren die Straße hinauf- und hinabrennen — und den Hahn — groß, silbern, schimmernd — und Schiffe, die nach Paris, nach Frankreich fahren.

Und die Freiheitsstatue — in einer Hand die Speiseeisstüte — in der anderen ein großes Bankbuch — die Welt erhellend — keine Rückenbeschmerzen — Komfort für die reichen Touristen, die nach Paris fahren — hurra!

Bowery-Mission.

Die Landstreicher tun's für eine Mahlzeit — küpend singen sie Choräle — der Prediger ist ein fetter Lügner — er lächelt wie die bligen Offiziersräuber, ehe sie einen Hinterrucks überfallen — aber die Musik stimmt trotzdem traurig — man fühlt die Trauer, ohne Geld in einer fremden Stadt zu sein — und sehnt sich nach der Mutter in Little-Falls, im Staate Ohio.

Hör mich an, Kamerad — New York ist die größte Stadt der Welt — aber bleib ihr fern, wenn du weder Geld noch eine gute Stelle hast — sonst liegtst du nach in einem verlausenen Asyl — ringum husen und stinken fünfzig einsame Landstreicher — oder du singst für einen Teller Suppe Choräle in einer Mission — probierst es mit Gott in New York — wo die Menschen zäh sind — nur Deine Mutter liebt dich — und sie host du in Ohio verlassen.

Die Volksträger werden dich aufspießen wie der Bratpfieß das Huhn — im Himmel wirst du hängen — nackt, damit dich jeder auslacht, Kamerad — jeder, der Geld und eine Stelle hat.

Streitposten.

Die Unternehmer schlafen noch in breiten Betten — aber ihre Müntennänner sind ausgezogen, um uns für fünfzehn Dollar pro Tag zu töten — auch die Sonne ist schon auf — und ein blauer, schäbiger, alter Arbeiter, zu krank zum Leben, stier, fertig — Annie, mein Mädel, du frierst — auch ich friere.

Boarweis marschieren wir an den Loren des Betriebes vorbei — kleine Annie, bist nicht so erschrocken drein, so oft wir an dem offengelegten Müntennann vorüber kommen — haffe sie stärker, Kind — das hilft — haffe die Bullen, die sich gegen die Jänne lehnen — Kartoffelgesicht — Fruchtgesicht — Fleischgesicht — und Judas — Wärme dich an deinem Hah.

Wir müssen auf den großen Sorg mit den Fabrikfistern spuden — spuden auf Befehl und Ordnung, die größten Streitbrecher von allen — Gott verdamm ihre blumigen Kretonnes — wir werden sie nicht mehr weben, Annie.

Auf und ab, unseren Posten entlang — auf und ab — Welt der Müntennänner — Augen, des Schnees und Eises — Amerika der hartgefotenen Kerle und der Müntennänner — das ist ihr Land — und wir, Kind, wir frieren in ihm.

Richard Gold (Deutsch von Hermannia Zur Wühlen).

Instinkt — nicht Verstand.

Liliputhirne der Tiere.

Ungeheuer zahlreich sind die Geschichten, die man sich von der Klugheit der Tiere erzählt. Ganz selten dagegen trifft man Berichte, die das Gegenteil zu beweisen suchen. Neuerdings hat ein deutscher Zoologe, Dr. Heinrich, das Wort ergriffen. Er möchte den Vorgesetzten von der Klugheit der Pferde und Hunde, von der List der Schlangen und der Weisheit der Eule ein Ende machen, indem er wissenschaftlich feststellt, daß alle Tiere, verglichen mit dem Menschen, einen wenig entwickelten Verstand haben.

Man denkt bekanntlich mit dem Großhirn, und zwar besonders mit der grauen Masse der Hirnrinde. Das Gehirn verhält sich bei den Menschen zu dessen Gesicht ungefähr wie 1:1. Um die Menschen nun von der intellektuellen Minderwertigkeit der Tiere zu überzeugen, hat Dr. Heinrich die Frage aufgestellt, wie würden die Tiere aussehen, wenn das gleiche Verhältnis auch bei ihnen anzutreffen wäre?

Betrachtet man z. B. ein Pferd, so hat man unwillkürlich die Vorstellung, daß in dem schönen Kopf auch Gedanken sein müssen. Würde der Kopf des Pferdes in dem gleichen Verhältnis zum Gehirn stehen, wie der Kopf des Menschen, so würden die Pferde puppenhaft kleine Köpfe haben. Ebenso verhält es sich mit dem großen Kopf der Eule und dem Menschen zu dem Glauben, daß sie im Besitz unergreiflicher Weisheit ist. Und doch ist gerade die Eule ein ausgeprägter dummer Vogel. Trotz der großen, ausdrucksvollen Augen, aber die Augen sind auch das härteste entwickelte Sinnesorgan der Eule.

Sogar der Schimpanse, einer der höchststehenden Affen, hat ein Gehirn, das sechsmal schlechter gebaut und nur ein Drittel so groß ist, wie das des Menschen. Ein Bavian ist — nach Annahme von Dr. Heinrich — etwa achtzehnmal dümmer als ein Durchschnittsmensch.

Schlangen, Krokodile, Schildkröten, sind allgemein viel weniger intelligent als die warmblütigen Tiere. Ein Krokodil, das fünf Meter lang ist, hat ein Gehirn, das die Größe der Balnuß nicht übersteigt, und ein Frosch hat im Verhältnis zu seinem Körper ein noch viel kleineres. Wenn der Mensch die Tiere für klug hält, so läßt er sich dazu meist durch die großen Tieraugen verleiten, hinter denen er Gedanken vermutet, die nicht vorhanden sind.

Daß die Handlungen der Tiere meist Instinkt, nicht Gedankenhandlung sind, ist auch wohl vor Heinrich die allgemeine Ansicht. Nur ein Fehler unserer Beobachtung ist es, wenn wir ihnen Denken bei ihnen feststellen glauben. Sie können wohl keine Feinde von Handlungen zur Erreichung eines Ziels unternehmen, aber niemals auf dem Denkewege. Dieser Erkenntnis kann sich auch unser Jahrhundert, das gerade den Tieren so viel Liebe und Barmherzigkeit entgegenbringt, nicht verschließen. Alle „denkenden“ Pferde und Hunde sind Dressurkunststücke einer sehr gedulden und geschickten Dressur. Könnte es an dieser Tatsache noch Zweifel geben, so seien Heinrichs Untersuchungen sie belehrend. Paul Bäcker.

Zwischen Palmen und Telegraphenstangen.

Von Hermann Kesten.

Ich habe mir eine Dose immer ganz anders vorgestellt. Eine Dose, dachte ich, das sind sechs oder sieben Palmen, in der Mitte eine Quelle, ein gefahrter Brunnen, ringsum endlos Sand, und zwischen sechs oder sieben Palmen ruhen im Schatten der Kamele fünfzehn bis zwanzig Araber, das Schwert in der Faust, auf den Lippen Allah und in Gedanken den häuslichen Harem.

Aber die Schwertblätter blühen nicht, die Harems existieren jaft gar nicht. Es ist keine Quelle, kein Brunnen, es sind viele, viele, hundert und mehr, und große Flüsse dazu, es sind keine sechs oder sieben Palmen, sondern zweihunderttausend oder vierhunderttausend, die unzähligen hundertartigen anderen Bäume gar nicht gerechnet, die Mandelbäume, die Aprikosen- und Pfirsichbäume, die Granatbäume und die Weinstöcke und die Feigenbäume und die vielen, die ich gar nicht kenne und deren Namen ich nicht weiß, und die großen und üppigen Gärten und die Felder und die Feldfrüchte; denn es ist nicht ein Fleck in der Wüste, es ist eine Fläche, größer als die von Berlin. Es lagern nicht fünfzehn oder zwanzig Araber dazwischen, sondern es liegt eine Stadt darin mit zwanzigtausend Arabern und drei Europäern, mit Moscheen, Märkten und Hurengassen, mit arabischen Hotels, Apotheken und Lapphus, mit Kasernen, die des Sommers hinterm Busche versteckt liegt und glöht, und einer ganzen Industrie von Luchtwirtschaft und Wollwäscherei, von Lederfabriken und Schwertfabriken. Die ganze Romantik ist tot, aber die Wüste ringsum, die existiert, die ist vorhanden, jedoch die Eisenbahn führt durch die Wüste, die Automobile fahren täglich durch die Wüste, und die Telegraphenstangen wandern durch die Wüste, und man trifft in der Wüste mehr Telegraphenstangen als Kamele.

Ich fuhr mit der Eisenbahn durch die Wüste. Es gibt zweierlei Wüste: es gibt die Steppenwüste, wo der Sand die Wüste ist und Grasbüschel spärlicher Natur die Steppe, und es gibt die Sandwüste, wo nichts als Sand wächst, der aber üppig und reichlich gedeiht. Man fährt also durch teils flachen, teils hügeligen Sand im Zwanzig-Kilometer-Tempo, die Eisenbahnschwellen scheinen im Sand zu versinken, der Sand ist fahrig, der Himmel fahlweiß oder staubblau, vergebens versucht man den Eindruck Wüste zu finden, man findet nichts als Sand und Hitze. Plötzlich sieht man ferne einen grünen Punkt, einen grünen Strich, eine grüne Fläche, nahe schon das grüne Wunder einer grünen Baumlandschaft mitten in das fade Gelb hineingeführt, und die Baumlandschaft, das sind zweihunderttausend Palmen, oder vierhunderttausend, und nur ein oder zwei geringe Delbäume, welche gemeine Baumart schon in sorgem Sandboden gedeiht und vorwärtskommt und es zu etwas bringt, und die man im aristokratischen fetten und feuchten Boden der Dose nicht hat.

Auf der Station sieht man weißgekleidete Araber auf schönen Pferden zwischen Palmen dahinsprengen, sieht Araberinnen in weiße Tücher gewickelt, einen schwarzen Schleier vor dem Gesicht; man hat für das schlichte Stationsgebäude keinen Blick, denn es ist das zweihundertste, dem man begegnet. Man sieht Kamele und Maul-

tiere und arabische Kinder, ebenso nackt und schmutzig und braun wie portugiesische Kinder in Oporto; man erfährt, daß man in der Dose Lozeur ist, welches die letzte Eisenbahnstation in der Wüste Sahara ist. Es geleckt sich zu einem ein freundlich blickender Araber, der einem mit schlechtem Französisch und gutem Lächeln sagt: „Ich bin der Führer von Lozeur und Nefta,“ ganz so sagt er es mit Würde und Wissenschaft von sich, wie Gott sagte, als er zu Adam und Eva ins Paradies trat: „Ich bin der liebe Gott.“

Der Führer von Lozeur und Nefta führte mich durch Sand, in den ich einsank, durch die arabischen Straßen an Markt und Moscheen vorbei ins arabische Hotel. Hier trank ich, verschmähter als Jakob, da man ihn und seine Herden am Brunnen trankte, ob eine Wassermelone. Dann bestieg ich ein junges Maultier, der Führer einen alten Esel, und so ritten wir in die mannshoch umzäunten Gärten der Dose ein.

Es war ein seltsamer Eintritt, denn man schien in einem üppigen Treibhaus zu reiten, und man reitet doch sonst in Treibhäusern nicht. Ich kannte die Palmen von Italien, die Palmen von Nizza, die Palmenallee von Lissabon, die Palmengärten von Oporto und Tunis. Aber das waren Zimmerpalmen, das waren Einsieder, das waren Varietätennummern, hier sah man ein Volk.

Die ganze Nation der Palmen war um mich versammelt, ein lauer Wind wehte durch die höchsten Zweige. Jede Palme gleich einem Familienoater, dem sich wie eine Geliebte der Weinstock um den schlanken Leib rankte. Die Orangenbäume standen in ihrem Schatten und großblättrige Zitronenbäume und die anderen Fruchtbäume; diese großen abgeschlossenen Palmengärten gaben ein rauschendes Gemäbe der grünen Farbe. Es hätte nur Frühling sein müssen und alles blühen, statt ein wenig verlangt zu sein von der trockenen Hitze des afrikanischen August, und die Dose wäre das Urbild des Paradiesgartens gewesen.

Etwas Kühle atmete vom Wasser auf. Rote Männer und Kinder badeten. Frauen wuschen ihre leuchtenden, blauen Gewänder. Die Palmen, reicher, kostbarer, schmelzender noch, beugten sich über die Ufer, einander sich entgegenneigend, noch sehnlicher als jene berühmte Palme zu der Friede im Norden.

Am anderen Morgen, zur Zeit des Sonnenaufganges, fuhr ich im Auto hinein in die Wüste Sahara, ich fuhr auf dem alten Kamelplad von Lozeur nach Nefta. Lozeur ist die schönste Dose des Orients, Nefta jedoch die Perle des Orients. Das Djerid ist eine Bogend gemischt aus Wüste und ausgetrocknetem Salzsee.

Dieser Salzsee schimmert von ferne blau wie ein Meer, ist oberflächlich trocken, man fährt darüber hin im Auto, es ist noch heißer als in der Sandwüste. Es ist eine besondere Form der Hölle, die Salzölle.

Ich ritt durch Nefta auf einem Esel. Bei jeder Moschee stieg ich ab, bei jedem arabischen Café hielt ich. Ich ritt durch den Fluß und einen Hügel hinauf, von dem man die hundert Kuppeln von Nefta überblickt, die weiße Stadt, die grüne Dose, die gelbe Wüste.

Kultur vor Jahrtausenden.

Geräte und Manufaktur-Instrumente — wie heute.

Der dänische Assyriologe Dr. A. Schmidt ist von einer Studienreise aus Palästina und Syrien (eben nach Kopenhagen zurückgekehrt). Er hat an den großen amerikanischen Ausgrabungen bei Kirjat Sefer in Südpalästina in der Nähe von Hebron teilgenommen. Die Arbeiten wurden von dem amerikanischen Gelehrten Professor Albright geleitet, dem Direktor des amerikanischen Assyriologischen Instituts in Jerusalem.

„Ich habe mich“, erklärte Dr. Schmidt, „besonders mit dem Studium alter israelitischer Lehmgeschalen und Krüge beschäftigt, mit deren Hilfe man ziemlich genaue Zeitbestimmungen machen kann. Kirjat Sefer ist eine alte israelitische Stadt, die wahrscheinlich von Nebuladnezar ungefähr im Jahre 600 v. Chr. zerstört wurde. Die Stadt lag auf einer Anhöhe und wurde später im Tal wieder aufgebaut, während sich die Ruinen auf den Hügeln erhalten haben. Die Häuser wurden auf einem steinernen Fundament gebaut und hatten Wände aus Lehm. Sie glichen in der Form den heute noch in Syrien üblichen Häusern.“

Auch die vorgefundenen landwirtschaftlichen Geräte aus Eisen erinnern an die Geräte, die noch jetzt in Palästina gebraucht werden. In einem Haus fand man große runde Fässer aus Stein, die zum Färben gebient haben, und genau dieselben Fässer werden heute, nach mehr als zweitausend Jahren, in den Färbereien von Südpalästina gebraucht.

Unter der obersten Stadt wurden Ruinen einer älteren Stadt gefunden, unter der man wiederum Reste einer Stadt entdeckte, die wahrscheinlich zerstört worden ist, als die Nachfolger von Ramses II. das alte israelitische Reich vernichteten. Man fand ferner Ueberbleibsel einer vierten Stadt, die allem Anschein nach schon im 15. vorchristlichen Jahrhundert gestürzt, geplündert und zerstört worden ist. Die Architektur trägt einen ausgeprägten kanaanitischen Charakter.

Es ist anzunehmen, daß es dieselbe Stadt ist, die Daniel, Caleb's Schwiegerohn, wie im „Buch der Richter“ erwähnt, erobert und niedergebrannt hat. Man konnte in diesen uralten Ruinen deutliche Spuren des gewaltigen Komplexes entdecken, der dort vor Jahrtausenden getobt hat. Unbegabene Skelette und Reste von Bronzewaffen lagen auf dem Straßen. Im Tempel wurde ein Kalkstein mit Abbildungen des Schlangengottes gefunden, in den Nischen standen vollständig unbeschädigte Vorratsgefäße aus Lehm. Die Ausgrabungen offenbarten ein eindrucksvolles Bild vom Leben und vom Untergang uralter israelitischer Städte.“

Bis vor wenigen Jahren war man allgemein der Ansicht, daß die Kosmetik, so wie wir sie heute treiben, eigentlich eine Erfindung der Neuzeit ist. Zwar wußte man schon immer, daß die Römer und vor allem die Griechen großen Wert auf die Körperpflege legten, aber unsere moderne Körperkultur steht mit diesen früheren Methoden in keinem direkten Zusammenhang. Ein interessantes Bild auf früheste kosmetische Methoden werfen nun Ausgrabungen, die vor einiger Zeit im mittleren Ägypten durchgeführt wurden.

Im Grabe der Königin Hetepheres, der Mutter des Königs

Shufu oder Cheops aus der vierten Dynastie (um 4500 v. Chr.), wurden Manufakturinstrumente und Kosmetiker gefunden, die in das Museum von Kairo gebracht werden sollen. Frühere Funde hatten bereits den Malabasterfarg und den Tragleffel zutage gefördert, während jetzt eine Reihe von Malabastergefäßen und Geräte aus Gold, Feuerstein und Kupfer geborgen wurden.

Unter den Gegenständen aus reinem Golde befinden sich ein kleines Trinkgefäß mit gebogenem Rand und Ausguss, zwei kleine Becher, zwei Rasiermesser, die nur an einem Rande scharf sind, drei rechteckige Messer und ein Manufakturinstrument mit einer scharfen Spitze zur Reinigung der Fingernägel und einem abgerundeten Ende zum Zurückschieben der Haut am Grunde der Nägel. Unter den Kupferinstrumenten fand man fünf Rasiermesser, vier rechteckige Messer und eine kleine, sehr feine Nadel. Daneben enthielt das Grab Geräte aus Feuerstein, die ältere Vorbilder der Metallwerkzeuge zu sein scheinen, darunter Rasiermesser und andere Messer von verschiedenen Formen.

Die verschiedenen Arten von Rasiermessern und das verschiedenartige Material, aus dem sie hergestellt sind, lassen darauf schließen, daß die Friseurkunst zu dieser Zeit in Ägypten schon recht entwickelt war. Das feinstufige ausgebaute Manufakturinstrument, das, wie bei uns, zugleich zwei verschiedenen Zwecken dienste, beweist, daß auch schon die Handpflege in Ägypten gut bekannt war. Man darf also wohl annehmen, daß die Kosmetik hier schon in Zeiten begann, aus denen uns keine Ueberreste überliefert worden sind.

Jan im Theater.

Eines Abends kam Jan, der Landstreicher, in die Stadt. Vor dem großen Theater luden Plakate. In Autos und Wagen fuhr die Vornehmen vor; mehr noch kamen zu Fuß. Dieses Bild hatte für Jan, der noch nie in einem Theater gewesen war, große magnetische Kraft.

Jan wollte das Wunder erleben. Für die achtzig Pfennig, die man ihm zugesteckt hatte, konnte er sich einen Galerieplatz kaufen.

Aber der Platz war ungünstig, und nur im Stehen konnte man sehen, was auf der Bühne vorgeht. Jan war zu müde zum Stehen.

Es wurde ein Lustspiel gegeben. Jan hörte nur die Worte, begriff aber nicht ihren Sinn. Weber konnte er der Handlung folgen, noch einzelne Worte verstehen. Wenn die anderen vor ihm lachten, war er sehr traurig.

Im dritten Akt wurde geessen. Es war ein wohlhabendes Theater, ein Theater der Gesellschaft, und es gehörte zum Stolz, daß da unten viel und gut geessen und an nichts gespart wurde. Der Duft des Bratens stieg nach oben. Jan sog ihn gierig ein. Er sah nichts, er hörte nichts mehr, er berauschte sich nur noch an diesem Duft, und in seinem primitiven Hirn dachte er, daß die Inhaber der teuren Plätze sich an dem Essen auf der Bühne beteiligen dürften.

Wald schlich Jan betrübt hinaus. In ihm sehte sich die natürlich vollkommen irrtige Meinung fest, daß Kunst und Kunstgenuß etwas mit materiellem Wohlstand zu tun haben müßten.

Erich Gottgetron.

